

**INDEPENDENCE WITH A  
CAPITAL I**

CAPITAL  BANK

Capital Bank  
Gruppe

Graz  
Salzburg  
Wien

Kitzbühel  
Klagenfurt

Geschäftsjahr  
2014

**WIR NEHMEN UNS DIE FREIHEIT  
DIE ZUKUNFT ZU BEGHEHEN**

Die Capital Bank 2014

[www.capitalbank.at](http://www.capitalbank.at)



## **CHRISTIAN JAUK**

VORSITZENDER  
DES VORSTANDES

Kennen Sie den Endowment-Effekt, auch bekannt als Besitztumseffekt? Er besagt, dass wir Dinge, Güter etc., die wir besitzen, als wertvoller betrachten, als das, was wir nicht besitzen. Weiterhin erklärt er, dass uns Loslassen schwerer fällt, als weiter Güter oder Werte anzuhäufen. Der Effekt erklärt daher auch, warum Sammler sich so schwer tun, sich von einzelnen Stücken zu trennen und sich stattdessen beständig auf die Suche nach neuen Exponaten für ihre Sammlung machen. Besitz und Eigentum sind gleichzeitig nichts Nachteiliges. Unternehmer können Sie beispielsweise nutzen, um soziale Verantwortung zu leben.

## **CONSTANTIN VEYDER-MALBERG**

MITGLIED DES VORSTANDES

Besagte soziale Verantwortung ist in den letzten Jahren zu einem präsenten Schlagwort geworden. Unsere gemeinnützige Privatstiftung „Philanthropie Österreich“ ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie persönliches Eigentum gesellschaftlich wirkmächtig werden kann. Die Möglichkeit, mit der Privatstiftung Gutes zu tun, hat unseren und den Handlungsspielraum unserer Kunden erweitert. Besitz nützt, wenn wir ihn arbeiten lassen. Für uns, aber auch für andere. Manchmal ist Besitz aber auch einfach nur da, um ein ganz simples Bedürfnis zu befriedigen: Spaß an ihm zu haben. Wir wünschen Ihnen einen solchen jedenfalls beim Lesen unseres Geschäftsberichts, insbesondere des Gastbeitrages von Klaus Woltron.

„Meins!“ – bereits im Sandkasten ertönt dieser Ruf, wenn sich Kinder nach dem Eifer des Spiels ans Zusammenräumen machen und sich der Besitzverhältnisse nicht mehr ganz im Klaren sind. Was nützt uns Eigentum, warum ist es Ziel nahezu jeden Handels, Besitztum zu vermehren? Und warum verteidigen wir den Zugriff auf unseren Besitz so massiv? Das sind Fragen, die uns immer wieder zum Grübeln bringen, Fragen, die in der Geschichte nicht immer gleich beantwortet wurden. Vor der Industrialisierung war Eigentum tendenziell auf die Familie bezogen. Mitunter gar auf die Gemeinschaft, in der man lebte. Heutzutage ist der persönliche Besitz vieles, z.B. Statussymbol, Grund zur Freude oder Nährstoff für das persönliche Sicherheitsgefühl. Gleichzeitig betonen Autoren wie Jeremy Rifkin, dass sich mit dem sich in Veränderung befindlichen Kapitalismusbegriff auch das Verständnis von Besitz ändere. Zunehmend würde der rasche Zugang und Zugriff auf Ideen, Güter und Dienstleistungen wichtiger und würde in der sich bereits herauskristallisierenden Zugangsgesellschaft mehr zählen als Besitz, so Rifkin. Eigentum und Besitz, ein Thema mit Diskussionspotenzial. Unser Gastbeitrag im Geschäftsbericht beschäftigt sich daher mit dem Eigentum, der Gefährdung desselben durch den Zugriff des Staates, reißt historische Hintergründe an und gibt Denkanstöße.

Vielleicht ist es aber ganz einfach auch nur so: Eigentum dient dazu, sich Wünsche zu erfüllen. Es hilft uns dabei, das zu erreichen, was man will, vorausgesetzt man ist bereit, auf das zu verzichten, was man hat.

Klaus Woltron, der Verfasser unseres Gastbeitrages, ist Unternehmer, Buchautor und Kolumnist. Er ist Gründungsmitglied des Club of Vienna, bei dem er bis 2008 aktiv war.

# INHALT

Vorwort	4
Eigentum und Haftung	9
Die bürgerlichen Rechte	11
<i>Die Rechte/Pflichten-Bilanz</i>	12
Der Teufelskreis der Wohltaten	14
<i>Die Sicht der Monetaristen</i>	15
<i>Der Standpunkt der Keynesianer</i>	15
Das süße Gift der staatlichen Fürsorge	16
<i>Der Nanny-State</i>	16
<i>Immer neue Steuern</i>	18
<i>Währungsreform als letztes Mittel</i>	20
Das Wachstum der Regulative	22
Versicherungsvereine auf Einseitigkeit	24
Subsidiarität	26
Bürokratie und Kompetenzdschungel	31
Das Parkinson-Prinzip	32
Macht in inkompetenten Händen	35
Was bleibt?	37

## Capital Bank – GRAWE Gruppe AG

<i>Entwicklung und Kennzahlen</i>	39
<i>Organe</i>	40
<i>Lagebericht</i>	42
<i>Risikobericht</i>	62
<i>Bericht des Aufsichtsrats</i>	100
<i>Bilanz</i>	102
<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	106
<i>Eigenmittelausstattung</i>	108
<i>Anlagespiegel</i>	110
<i>Auszug aus dem Anhang</i>	112
<i>Bestätigungsvermerk</i>	140
<i>Konzernbilanz</i>	146
Impressum	154

## VORWORT

Als Peter Rosegger noch ein Waldbauernbub war, im neunzehnten Jahrhundert, kümmerte sich der Staat herzlich wenig um den Bürger. Er verlangte von ihm eher mehr, als er ihm zuteil werden ließ. Der Steuerpflicht und dem Muss für männliche Bürger, zwei Jahre unter den Waffen zu dienen, standen als staatliche Leistungen ein recht ungleich verteiltes Recht, an Wahlen teilzunehmen, die Möglichkeit, kostenlose Schulen zu besuchen, eine unterentwickelte medizinische Versorgung, Krankenversicherungsschutz (erst ab 1887), die Pflege und der Ausbau der Fahr – und Wasserwege gegenüber. Viele der bestehenden sozialen Einrichtungen beruhten auf privaten Initiativen. Außer diesem „Contrat social“<sup>1</sup> in einer embryonalen Form war die Rousseau'sche Forderung –

*„Finde eine Form des Zusammenschlusses, die mit ihrer ganzen gemeinsamen Kraft die Person und das Vermögen jedes einzelnen Mitglieds verteidigt und schützt und durch die doch jeder,*

<sup>1</sup>Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Hrsg. u. Übers.: Brockard, Hans. Mitarb.: Pietzcker, Eva, Reclam, Stuttgart 1977

*indem er sich mit allen vereinigt, nur sich selbst gehorcht  
und genauso frei bleibt wie zuvor“*

– noch bei weitem nicht Realität geworden.

Erst Zug um Zug und unter teils qualvollen Geburtswehen, begleitet von Aufruhr, Revolution und Klassenkampf, wurde jenes System verwirklicht, das man heutzutage das Sozialsystem nennt. Von Anfang an in seinen unterschiedlichen Ausformungen umstritten (beispielsweise in Form der Auseinandersetzungen der neoklassischen Wirtschaftstheorie unter Hayek und Mises mit jener der Keynesianer) hat das Sozialsystem zwei Hauptwurzeln: Die Einhebung und Verteilung des Steuergeldes einerseits, das Ausmaß und die Art der staatlichen Obsorge um die Bürger andererseits. Während die Anhänger der nachfrageorientierten Wirtschaft unter Keynes – gemeinhin unter dem schwammigen Oberbegriff „Sozialisten“ oder „Linke“ zusammengefasst – dem Staat eine dominierende Rolle in diesem Prozess zuordnen, messen die Jünger der klassisch-liberalen Schule unter Mises, Hayek et al. (heute nicht ganz korrekt „Neoliberale“ genannt) dem Staat wohl eine Ordnungsfunktion in der gesetzgeberischen und exekutiven Metaebene, nicht aber in Form des direkten Eingriffs in die persönliche Sphäre des Bürgers bei.

Da alle größeren politischen Parteien – wie immer sie auch heißen mögen – heutzutage immer mehr Anleihen bei sozialistischen und keynesianischen Theorien nehmen, wächst der Staat zu einem Kraken heran, der sich aller und jeder Angelegenheit des Bürgers annimmt und ihn – unter Vermittlung des Gefühls einer zunehmenden Sicherheit und Beschützttheit – zunehmend entmündigt und einengt.

Eine Begleiterscheinung dieser Zwangsbeglückung besteht darin, dass er sich bemüßigt fühlt, indirekt auch in die Verfügungsgewalt der Bürger über ihr Eigentum einzugreifen und diese zu unterhöhlen. Dies erfolgt vermittels einer ganzen Reihe von Maßnahmen. Beginnend über das schon selbstverständlich gewordene Prinzip, die Besserverdienenden immer stärker zu besteuern, weiterführend über die Gepflogenheit, gespeichertes Vermögen per Kapitalertragssteuer nochmals zum Stopfen von Budgetlücken heranzuziehen, bis zu den immer stärker werdenden Tendenzen, letztendlich auch die Besitzer und Erben von akkumuliertem Vermö-

gen nochmals in Anspruch zu nehmen, erstreckt sich der nimmersatte Appetit der Umverteilungsjünger.

Dass sich dabei die immer wieder zitierte „Sicherheit“ des Bürgers und die als Zeugin angeführte „Gerechtigkeit“ auf lange Sicht als trügerisch erweisen, zeigen viele Beispiele in der Geschichte. Die Überspitzung des sogenannten Wohlfahrtsstaates führt zu einer Lähmung der Einzelinitiative, zu nicht amortisierbaren Kosten, einer Einengung wirtschaftlicher Spielräume und letztendlich zu einem Verlust der wirtschaftlichen Sicherheit für alle.

Die nackten Zahlen: 2.718 Euro brutto im Monat verdiente der durchschnittliche Österreicher im Jahr 2013. Seit 2008 wuchs die Kaufkraft des Durchschnittsösterreichers nur um 2%, (beim liberaleren Nachbar Schweiz um satte 45%). In zehn Jahren stieg die Abgabenbelastung um 39% auf 90 Milliarden Euro im Jahr und katapultierte Österreich an die viertschlechteste Stelle unter 30 Staaten. Schulden, ständig steigende Verwaltungskosten, schleichende Entindustrialisierung, Stützung von schlecht beaufsichtigten maroden Banken, zwingen dazu, die Steuern laufend zu erhöhen. Stillschweigend wird auch die kalte Steuerprogression zur Auspressung genutzt. Wir sind am Ende des Wohlstandswachstums angelangt. Der Staat kassiert fast 50% aller Einnahmen der Bürger, führt einen Teil an diese zurück, finanziert einen aufgeblähten Apparat und seine Günstlinge – und verbrät, unfähig zur Reform, den großen Rest.



Wie konnte sich eine ursprünglich segensreiche Entwicklung derart pervertieren? Die Erklärung ist einfach. Volkstümlich gesagt: Irgendwann geht jede Entwicklung, bremst man sie nicht rechtzeitig, „Ins Blöde über“. Dies gilt für jeden Prozess, insbesondere, wenn er mit Wachstum zu tun hat. Im Folgenden soll auf die geschichtlichen und systemischen Hintergründe näher eingegangen werden.

<sup>2</sup> <http://goo.gl/PA6W1O>

<sup>3</sup> <http://goo.gl/QZJqr1>

## **Eigentum und Haftung**

Eigentumstheorien<sup>2</sup> sind Erklärungsversuche zur Entstehung und Rechtfertigung der gesellschaftlichen Institution des Eigentums. Das Recht auf persönliches Hab und Gut wird in der Regel nicht infrage gestellt. Kontroverse Positionen gibt es hingegen in Hinblick auf das Eigentum an Grund und Boden sowie in Hinblick auf das Eigentum an Produktionsmitteln. Häufig wird unter dem Stichwort „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ zusätzlich die Frage diskutiert, ob und inwieweit aus Eigentum gesellschaftliche Verantwortung hervorgeht.

Mit dem Begriff „Eigentum“ ist der Begriff „Haftung“ untrennbar verbunden. Wer Besitz innehat oder erwerben will, haftet auch für dessen vertragliches Umfeld: Erhaltung, eventuell dadurch angerichtete Schäden, damit verbundene Verpflichtungen, Hypotheken, Kreditrückzahlungen, Bedingungen beim Verkauf und Vererben. In den letzten Jahrzehnten sind diese Verpflichtungen immer stärker im Verschwinden begriffen. Es macht sich eine Mentalität der „Versicherung auf Einseitigkeit“ breit.

Dazu ein Auszug aus einem aktuellen Kommentar in der „Wiener Zeitung“<sup>3</sup>.

*„[...] der Staat möge die Opfer des knallharten Frankens durch entsprechende Beihilfen schadlos halten, [...] als handelte es sich bei den Kreditnehmern um Opfer einer Naturkatastrophe – und nicht einer schiefgegangenen*

*Währungsspekulation. [...] Hier wird eine sukzessive Entsorgung des Prinzips der Haftung und der Verantwortung für eigenes Handeln beispielhaft sichtbar. Und der dreiste Anspruch auf das Privatisieren der Gewinne (etwa aus billigen Franken-Zinsen) und des Sozialisierens der Verluste (die dann der Staat oder die Banken übernehmen sollen). Viele große Akteure auf den Finanzmärkten haben das jahrelang genauso betrieben: Solange die Gewinne aus hochriskanten Geschäften sprudelten, wurden sie mit Vergnügen eingesteckt; als es dann krachte, nahm man die Staaten in die Pflicht. Auch hier schaffte man Haftung und Verantwortung ab. [...] Selbst Staaten versuchen mittlerweile, das Gesetz der Haftung außer Kraft zu setzen, wie das [...] griechische Beispiel zeigt. [...]*

*So komfortabel sich die weitgehende Abschaffung des Haftungsprinzips für all jene anfühlen mag, die davon profitieren, so schädlich und ungesund ist sie insgesamt. Denn letztlich wird damit genau jene Unkultur des unverantwortlichen Handelns, des Zockens auf Teufel komm raus, des Ignorierens von Risiken und der leichtfertigen Verschuldung befeuert, die*

\* Klaus Peter Krause <http://google.gl/6adQMm>

*jene Wirtschaftskrise ausgelöst hat, die uns nun schon seit acht Jahren heimsucht. Und das ist so ziemlich genau das Letzte, was eine ökonomisch noch immer rekonvaleszente Welt derzeit braucht.“*

## **Die bürgerlichen Rechte**

Unter Bürgerrechten versteht man jene Rechte, die sich auf das Verhältnis zwischen Bürger und Staat beziehen. Die Verleihung der Bürgerrechte erfolgte in vielen europäischen Städten in der Zeit zwischen dem Mittelalter und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Grundlage hierfür war der Nachweis bestimmter Voraussetzungen (Einkommensnachweis, Leumund, Bürgereid u.a.)

*„Die Freiheit, die Menschen [...] heute genießen, ist abgetrotzte, erkämpfte Freiheit in Jahrhunderten zuvor. Sie ist für sie selbstverständlich geworden. Doch Freiheit ist stets in Gefahr, nämlich durch den Staat mit dem Drang seines politischen Personals, seine Machtposition zu bewahren und zu erweitern, sowie durch die Menschen selbst: Das staatliche Personal gefährdet die Freiheit unter anderem mittels der sanften Gewalt ausufernder Fürsorglichkeit eines paternalistischen Sozialstaates, und zu viele Menschen lassen die Bevormundung mit sich geschehen, weil sie die mit der Freiheit zu tragende Eigenverantwortung scheuen und dem süßen Gift der vorgeblichen Fürsorglichkeit mehr und mehr verfallen. Daher hat Freiheit auf Dauer keinen Bestand, wenn die Menschen solches mit sich geschehen lassen und die Freiheit nicht beizeiten verteidigen. Insofern müssen sie um ihre Freiheit stets aufs Neue kämpfen“<sup>4</sup>.*

Da praktisch alle „fürsorglichen Maßnahmen“ des Staates mit teils sehr hohen Kosten verbunden sind, sucht er sich die erforderlichen Mittel bei jenen zu arrogieren, welche sie entweder in höherem Maße als periodisches Einkommen erarbeiten oder bereits erspart, investiert und angelegt haben. Dies ist bis zu einem gewissen Grade legitim, aber ab einer – stets umstrittenen – Schwelle ungerecht, kontraproduktiv und für die gesamte Gesellschaft letztendlich schädlich. Wo diese Schwelle liegt, ist stets ein heiß umstrittenes Thema.

<sup>5</sup> Die Staatsform des real existierenden Sozialismus war „Volksrepublik“ oder „demokratische Volksrepublik“; das politische System jener Gesellschaften war durch eine autokratische Ein-Parteien-Herrschaft gekennzeichnet, das Wirtschaftssystem durch Planwirtschaft oder deutliche planwirtschaftliche Elemente.

<sup>6</sup> Sandra Eichinger: *Alptraum Schweden?: Hinter den Kulissen des Traumlandes*. 2010, ISBN 978-3-8391-4521-0.

### *Die Rechte/Pflichten-Bilanz*

Auch die Bilanz zwischen Staat und Bürgern muss einer doppelten Buchführung genügen: Einerseits sollten die Rechte eines Bürgers seinen Pflichten gegenüber der Gemeinschaft ausgewogen entsprechen (die „Rechte/Pflichten-Bilanz“), andererseits müssen die Erfolge dieses bilateralen Geschäfts für die gesamte Gesellschaft deren Misserfolge überwiegen (Gewinn/Verlustbetrachtung). Ist Letzteres nicht mehr der Fall, was in etlichen

Beispielen der Übertreibung missverstandener staatlicher Fürsorge beobachtet werden konnte, führt sich das System selbst ad absurdum beziehungsweise in den finanziellen und sozialen Ruin. Dies wurde im Falle des realen Sozialismus<sup>5</sup> im 20. Jahrhundert, anhand der Misserfolge mit dem „Volksheim Schweden“<sup>6</sup> oder dem Zusammenbruch der Staatsindustrie in Österreich, aber auch an jüngst angestellten Experimenten, z. B. in Venezuela, drastisch vor Augen geführt.

Es besteht ein ganzes Bündel von Möglichkeiten, auf eine immer schiefer werdende, ins Verderben führende Ebene zu gelangen. Beginnend mit zu hohen Löhnen und Lohnnebenkosten, welche auf dem internationalen Markt nicht mehr durchgesetzt werden können, über aufgeblähte Verwaltungen und höchst komfortable Umweltstandards, die zu gleichen Resultaten führen, bis hin zu Eingriffen in alles und jedes, was das unmittelbare Leben des Bürgers betrifft und ihn in schleichender Form der Eigeninitiative beraubt, existiert ein breites Instrumentarium für die staatliche Bürokratie und Legislative, ihre Möglichkeiten über Gebühr auszudehnen.

<sup>7</sup> Ludwig Wilhelm Erhard (\*4. Februar 1897 in Fürth; †5. Mai 1977 in Bonn) war ein deutscher Politiker (CDU) von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft und von 1963 bis 1966 zweiter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>8</sup> Monetarismus: Theorie, die in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem von Milton Friedman als Gegenentwurf zum nachfrageorientierten Keynesianismus entwickelt wurde. Dabei greift er bereits in den 1930ern erdachte Theorien einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wieder auf.

<sup>9</sup> Keynesianismus: Ein Theoriegebäude, in dem die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die entscheidende Größe für Produktion und Beschäftigung ist. In diesem Sinne geht der Keynesianismus auf John Maynard Keynes' allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes von 1936 zurück.

<sup>10</sup> Quantitative Lockerung ist eine Geldpolitik der Zentralbanken für außergewöhnliche Umstände, mit der die Geldbasis ausgeweitet wird, um die Realzinsen zu senken. Das Ziel besteht darin, eine Rezession und ggf. eine Deflation zu bekämpfen.

<sup>11</sup> Paul Robin Krugman (\*28. Februar 1953 in Albany, New York) ist ein US-amerikanischer Professor für Volkswirtschaftslehre

## Der Teufelskreis der Wohltaten

Das Sozialsystem einer Volkswirtschaft fasst die über Steuern und Sozialabgaben finanzierten Absicherungen für die Bevölkerung zusammen. Die meisten Komponenten der heutigen Sozialsysteme in Europa wurden bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt. Während der deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard<sup>7</sup> noch vermutete, ein Sozialsystem würde mit steigendem Wohlstand einer Gesellschaft mehr und mehr überflüssig werden, zeigte sich in den letzten Jahrzehnten, dass mit sinkender Not der Bedarf – besser Appetit – an einem umfassenden Sozialsystem sogar steigt. Dies ist u.a. das Resultat des Bedürfnisses der Regierenden – aller Regierenden – sich beim Volk durch immer mehr Benefizien beliebt zu machen. Dass all dies letztendlich vom Volk selbst wiederum zu bezahlen ist, mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung allerdings, nachdem das erste Wohlbefinden zur Selbstverständlichkeit geworden ist, kann mit Fug und Recht als „Teufelskreis der Wohltaten“ bezeichnet werden.

## *Die Sicht der Monetaristen<sup>8</sup>*

Die Anhänger der österreichischen Schule der Nationalökonomie sehen die heutzutage fortgeführte Intensivierung des Sozialsystems kritisch: Da zu dessen Aufrechterhaltung Steuern nötig sind, die nach neoklassischer Theorie zu Nettowohlfahrts-Verlusten führen, konkurriert ein Sozialsystem mit dem Wohlstand der Allgemeinheit. Mit einem ausgeprägten Sozialsystem ließe sich somit keine Vollbeschäftigung erreichen. Dennoch scheint ein Sozialsystem nötig, um Kranken, Alten oder Arbeitsunfähigen ein Auskommen zu ermöglichen. Inzwischen versucht man durch eine Beschränkung des Sozialsystems eine Rückkehr zur ursprünglichen Idee zu erreichen und somit einer „Empfängermentalität“ entgegenzuwirken. Dies zeigte sich bereits in den 1980ern durch einen Umbau des Sozialsystems in Großbritannien, später in Schweden und in Ansätzen auch in Deutschland (Hartz IV).

## *Der Standpunkt der Keynesianer*

Die Keynesianer<sup>9</sup> hingegen – heutzutage besonders beflügelt von begeisterten Anhängern des Quantitative Easing<sup>10</sup> und der nachfrageorientierten Betrachtung des Marktes, wie z.B. des Nobelpreisträgers und Publizisten Paul Krugman<sup>11</sup>, sehen das Sozialsystem auch als einen anspornenden Faktor der Volkswirtschaft. Erstens als permanente Stütze der privaten Konsumnachfrage, zweitens als Stabilisator



in Krisenzeiten und drittens zur Eindämmung von Unsicherheit. Aus keynesianischer Sicht lässt sich empirisch kein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen dem Ausbau des Sozialstaates und Wachstum bzw. Beschäftigung herleiten.

an der Princeton University, Centenary Professor an der London School of Economics, Sachbuchautor und Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften 2008

## **Das süße Gift der staatlichen Fürsorge<sup>12</sup>**

### *Der Nanny-State<sup>13</sup>*

Der englische Ausdruck Nanny-State wurde vom konservativen britischen Abgeordneten Iain Macleod mitgeprägt. In seiner Kolumne Quoodle des „The Spectator“, Ausgabe vom 31. Dezember 1965, schrieb er „what I like to call the nanny state.“ Unter dem Begriff „Nanny-State“ versteht man eine Politik, in der der Staat exzessiv seinen Wunsch, zu beschützen, zu regieren oder bestimmte Teile der Gesellschaft zu kontrollieren und andere dabei zu bevorzugen, verfolgt.

<sup>12</sup> Klaus Peter Krause; <http://www.misesde.org/?p=3772>

<sup>13</sup> Als staatliche Bevormundung wird bezeichnet, wenn ein Staat mit Verboten bzw. Pflichten, Sanktionen oder sonstigen Erschwernissen das Verhalten seiner Bürger beeinflusst und dabei das Recht mündiger Bürger auf freie Willensentscheidung in unangemessener Weise einschränkt.

Der beschriebene Effekt hat vielerlei Ursachen. Etliche davon wurde bisher ja schon angedeutet und beschrieben. Der Nanny-State profitiert sowohl von treibenden als auch stabilisierenden Kräften. Er wird begünstigt durch die zunehmende Anzahl von Menschen, die in Abhängigkeit von ihren Gläubigern gelangen und ihre Schulden gerne loswerden wollen. Dies versucht man vermittels einer ganzen Reihe von teils höchst fragwürdigen und unseriösen Mechanismen zu erreichen: Zum Ersten vermittels einer immer stärkeren Besteuerung der Einkünfte, Ersparnisse und des Vermögens der Besserverdienenden. Zweitens vermittels einer steigenden Aufweichung der Bedingnisse von Privatkonkurs-Verfahren. Dazu kommt noch – in besonders umfangreichem und wirksamem Maßstab – die Verdünnung des Geldwerts per Quantitative Easing und damit Abwertung des Wertes der angesparten Vermögen. Die Krone setzt dem Umverteilungs- und Enteignungsvorgang die kontinentale Bailout-Praxis in Europa auf, die vermittels gigantischer Kreditierung von Staaten, die ihre Schulden niemals gänzlich zurückzahlen werden, die Nettozahler als betrogene Gläubiger auf ihren Forderungen sitzen bleiben lässt – damit vor allem wieder Sparer, Pensionsfonds und Versicherungen.

Die Stabilisierung dieser Absichten erfolgt insbesondere durch eine stete Beeinflussung der öffentlichen Meinung insofern, als alle Finanzinstitutionen a priori als verdächtig und korrupt, Vermögende als herzlose Ausbeuter, Besserverdienende als potentielle Steuerhinterzieher und Erben als Schädlinge

am arbeitenden Volk verunglimpft werden. Dass man sich dabei zu Recht auf zahlreiche schlechte Beispiele berufen kann, ändert nichts an der Tatsache, dass man damit dem weitaus größten Teil gesetzestreuer, fleißiger und sozial denkender Mitbürger, Steuerzahler und unentbehrlicher Finanzinstitutionen bitter Unrecht tut.

### *Immer neue Steuern*

„Der Weg, der von der Freiheit wegführt, ist mit Steuern gepflastert.“

Offensichtlich haben die Keynesianer doch nicht ganz recht: Die Hypertrophie des Sozialstaats mit all seinen finanziellen und psychologischen Folgen führt in der Praxis zu immer größeren Ausgaben des Staates, welche anfangs mit höheren Schulden, sodann durch Anhebung der Steuern, ausgeglichen werden müssen. Die Schuldenspirale führt weiter zu immer höherer Steuerlast, und diese letztendlich zu einer Lähmung der Mittelverwendung für die Zukunft. Forschung, Entwicklung, Universitätswesen, Eroberung

<sup>14</sup> <https://twitter.com/arturobris>

<sup>15</sup> <http://goo.gl/O2r69l>

<sup>16</sup> <http://goo.gl/EwUMIX>

neuer Märkte kommen wegen fehlender Mittel immer stärker unter Druck.

Im Jahr 2013 erreichte die Summe aus Steuern und Sozialbeiträgen in Österreich die Rekordmarke von 43,4%. Das bedeutet, dass im Schnitt jeder Österreicher 21 Wochen von 52, also bis etwa Mitte Mai, ausschließlich für das Sozialsystem tätig ist. Bei mittleren Angestellten z.B. beträgt dieser Zeitraum sogar mehr als sechs Monate.

*„Jetzt hat es Österreich Schwarz auf Weiß: Die effektive Steuerbelastung der Einkommen ist nirgendwo auf der Welt höher als bei uns. Zumindest, wenn man diese nach der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung gewichtet, wie es das Institut für Management-Entwicklung (IMD) in Lausanne tut. „Österreich landet dabei auf Platz 60, das ist der letzte Platz“, erläutert IMD-Direktor Arturo Bris<sup>14</sup> im Gespräch mit dem KURIER. „Natürlich ist das ein negativer Wettbewerbsfaktor. Die effektiven Einkommenssteuern sind in allen Nachbarländern, angefangen bei der Schweiz, deutlich niedriger.“ Die renommierte Schweizer Wirtschaftshochschule untersucht Jahr für Jahr anhand von 338 Kriterien, wie sich die Schlagkraft der Volkswirtschaften entwickelt. Zwei Drittel der Daten im „World Competitiveness Yearbook“<sup>15</sup> beruhen auf nationalen und internationalen Statistiken, der Rest kommt von Manager-Befragungen.“<sup>16</sup>*

Außer Frage steht die Tatsache, dass jegliche Übertreibung – welchen Systems auch immer – dasselbe zum Zusammenbruch führt. Dies gilt für die Ver-

mehrung einer Tierart ebenso wie für unkontrolliertes Gelddrucken, Verkehrskollaps durch zu viele Fahrzeuge und Paralyse von Stromnetzen durch Überlastung. Demzufolge existiert auch eine Grenze, ab derer eine Weiterentwicklung des Sozialstaats, des Transfers von Einkommen und des Eingriffs des Staates in die Verteilung von bereits geschaffenen Vermögen beginnt, das System zu destabilisieren.

<sup>17</sup> <http://goo.gl/kVrYMR>

<sup>18</sup> <http://goo.gl/8zDLYI>

### *Währungsreform als letztes Mittel<sup>17</sup>*

*„Wenn die Staatsverschuldung die Höhe des Bruttoinlandsprodukts übersteigt, die Zinslasten für die aufgenommenen Staatsschulden die übrigen Staatsausgaben spürbar einengen, die Leistungsbilanz negativ wird, dann können entweder Wirtschaftswachstum, die Senkung der Staatsausgaben, Steuererhöhungen, Verkauf von Staatsvermögen, der Schuldenschnitt bei den Staatsanleihen oder Inflation Entlastung bringen.“*

Wenn auch diese Mittel nicht mehr wirken, bleibt nur mehr die Währungsreform. Durch diese werden

die Umrechnungskurse für Bargeld, Bankguthaben und Verbindlichkeiten gesetzlich neu festgelegt und die Positionen von Schuldern und Gläubigern – immer zuungunsten der Gläubiger – massiv verschoben.

*„Der Erfolg einer Währungsreform hängt wesentlich davon ab, dass Zeitpunkt und Einzelmaßnahmen geheim gehalten werden; idealerweise fände sie überraschend statt. Sonst drohen Ausweichbewegungen der Informierten bzw. richtig Spekulierenden in andere Länder („Kapitalflucht“) in stabilere Währungen und/oder in Sachwerte.“*

Betrachtet man die Lage einiger südeuropäischer Staaten, so könnten diese nicht mehr allzu weit von einem solchen Schritt entfernt sein. Was ihnen derzeit dabei hilft, das verbindliche Eingeständnis der bereits eingetretenen Pleite („Offenbarungseid“) zu vermeiden, ist die solidarische Haftung aller Europäer – ein Umstand, der paradoxerweise vermittelt der sogenannten Bailout-Klauseln in den Verträgen von Maastricht<sup>18</sup> ausdrücklich ausgeschlossen worden war. Es hilft im Moment, so bizarr dies auch klingen mag, nur mehr der eingestandene Vertragsbruch.

## Das Wachstum der Regulative

„Dürfen Sie das überhaupt noch?“ fragt ein sichtlich verunsicherter Mann den Verkäufer in Müns-Spezial-Elektrik in Frankfurt, „das ist doch schon verboten, oder?“<sup>19</sup>

Der Verkäufer hinter dem Tresen und vor den hohen Regalen mit Glühbirnenschachteln darf, was er tut: Er verkauft Glühbirnen. Besonders gerne verkauft er Birnen, die durch EU-Bestimmungen systematisch aus den Regalen verbannt werden und bis 2016 völlig verschwunden sein sollen. Verboten sind sie deshalb noch lange nicht. Gesockelte Energiesparlampen existieren seit etwa 25 Jahren. Schon immer enthalten sie Quecksilber, welches die EU in Thermometern schon lange verboten hat. Bei ihrer Herstellung entsteht ein Vielfaches an CO<sub>2</sub>. Schon immer kosten sie etwa achtmal so viel wie herkömmliche Glühbirnen bei ähnlicher Lebensdauer und ähnlichen Herstellungskosten. Mit knapp 200 Millionen verkauften Exemplaren pro Jahr allein in Deutschland lässt sich mit ihnen jedoch ein Vielfaches an

<sup>19</sup> Der letzte Glühbirnenverkäufer  
<http://www.taz.de/!56343/>

Geld verdienen. Wahrscheinlich ein Grund, warum sich keiner der Hersteller gegen den EU-Beschluss gewehrt hat. Der Skandal ist die hemmungslose Bevormundung des Bürgers. Denn in einem Punkt ist man sich sicher: Bei den Verordnungen gehe es nicht um Umweltschutz. Es würden schlicht die Interessen der Konzerne durchgesetzt. „Wir leben schon lange nicht mehr in einer Demokratie, sondern werden mehr und mehr zu einer Marionettengesellschaft der Industrie und Bürokratie“.

Dieses Beispiel ist nur eines von vielen. Es zeigt aber exemplarisch die undemokratische Nutzung von großen, weit entfernten Machtzentren durch starke Lobbys zu Zwecken, die weder dem Bürger noch der Umwelt und letztendlich auch nicht der Wirtschaft als Ganzes dienen, sondern ausschließlich den Interessen jener, die diese Art der Manipulation am geschicktesten nutzen. In unerhörtem Maßstab wird Lobbying genutzt, um Risiken von fallierenden Krediten, Garantien und Staatsschulden sukzessive auf die Allgemeinheit und damit indirekt auf den Bürger, Steuerzahler und Sparer zu verschieben – ein Effekt, der um ein Vielfaches schmerzlicher ist als der Glühbirnenskandal.



## Versicherungsvereine auf Einseitigkeit

Fast alles, was man heute modernerweise als dem Staate oder der Europäischen Union geziemend propagiert, würde man als Privatperson entrüstet von sich weisen: Niemand würde es dulden, dass sein Schuldner sich elegant der Verbindlichkeiten ihm gegenüber, ohne Konsequenz, entledigt und ihn dabei noch öffentlich beschimpft. Als Mitglied im Sparverein protestierte er empört, würde eines der Mitglieder mit unverzinsten Darlehen, ohne Sicherheiten, Laufzeit 50 Jahre, begünstigt. (Das ist außerdem strafbar, wie der Fall Hypo Alpe Adria ausführlich vor Augen geführt hat). Es gefiele ihm auch nicht, wenn ihm der Nachbar vorschriebe, welche Glühbirnen er in seinem Klosett einzuschrauben hätte, und wie die dortselbst installierte Spülung rauschen solle. Dasselbe, wenn der im Voraus bezahlte Mechaniker die Arbeit nicht erledigt, sich krank meldet und abends im Kino angetroffen wird. Oder der fußfesseltragende Großbetrüger die Opernaufführung genießt. Und

<sup>20</sup> Bäckerschupfen oder Bäckertaufe war im Mittelalter eine Bestrafungsform für Bäcker, welche Brot mit zu geringem Gewicht oder von minderwertiger Qualität herstellten.

fuchsteufelswild entbrennte er letztendlich, müsste er erkennen, dass seine Bank klammheimlich sein angespartes Geld durch Druck von faulem Geld verdünnt hätte wie weiland die Weinpantscher oder Brotfälscher, denen man seinerzeit mit dem erfrischenden „Bäckerschupfen“<sup>20</sup> begegnete.

Es sei unbestritten, dass die Gesetze der Makroökonomie nicht so einfach darstellbar sind wie jene, welche die vielzitierte Stuttgarter Hausfrau zur Erfolgsstory macht. Ansonsten würde der jahrzehntelange Streit zwischen Monetaristen und Keynesianern nach wie vor heiß entbrennen. Dass aber das gegenwertlose Drucken von Geld, gewissermaßen das Fluten des Marktes mit ungedeckten Schecks, langfristig nicht ohne üble Folgen bleiben kann, zeigen z.B. die aktuelle Entwicklung in Japan und die künstliche Börsenhausse, die vermittels billigen Spielkapitals angefeuert wird, während die unter erdrückenden Regulativen ächzende Unternehmerschaft in Europa damit nichts anzufangen weiß. Im Gegensatz zu den USA, wo man die Verzerrungen und Verirrungen im Bankensektor durch ein reinigendes Insolvenzgewitter auflöste, die Wirtschaft von überbordendem Vorschriftenwesen befreite, scheuen die europäischen Unternehmer vor der Nutzung des billigen Kapitals wegen der Sorge um mangelnde Rentabilität und übertriebener Besteuerung zurück.

<sup>21</sup> Ludwig Edler  
v. Mises [http://  
de.wikipedia.org/  
wiki/Ludwig\\_von\\_  
Mises](http://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_von_Mises)

<sup>22</sup> „Big Brother und  
seine Masken“;  
Franz Kreuzer,  
Peter Wilhelmer,  
K&S 2004, ISBN  
3-218-00739-9,  
herausgegeben von  
austria perspektiv  
unter der Leitung  
von Theo Faulhaber.

<sup>23</sup> Josef Christl, 2004  
Chefökonom im  
Finanzministerium

<sup>24</sup> Joseph Alois  
Schumpeter (\*8.  
Februar 1883 in  
Triesch, Mähren,  
österreichische  
Reichshälfte von  
Österreich-Ungarn;  
†8. Januar 1950 in  
Taconic, Connecti-  
cut, USA) war ein  
österreichischer  
Nationalökonom  
und Politiker.

<sup>25</sup> Friedrich August  
von Hayek (\*8.  
Mai 1899 in Wien;  
†23. März 1992  
in Freiburg im  
Breisgau) war ein  
österreichischer Ökonom und  
Sozialphilosoph.  
Neben Ludwig von  
Mises war er einer  
der bedeutendsten  
Vertreter der öster-  
reichischen Schule  
der Nationalöko-  
nomie. Hayek zählt  
zu den wichtigsten  
Denkern des Libe-  
ralismus im 20. Jh.  
und gilt manchen  
Interpreten als  
wichtigster Vertre-  
ter des Neoliberalis-  
mus.

<sup>26</sup> Friedrich Freiherr  
von Wieser (seit  
1919 nur Wieser;  
\*10. Juli 1851 in

## Subsidiarität

Die österreichische Schule der Nationalökonomie hat bis heute ihre Faszination nicht verloren. Böhm-Bawerk, Schumpeter, von Mises und Hayek sind geistige Ahnherren der Chicago Boys und der Monetaristen. Dennoch mutet das Bemühen dieser Gründerväter um eine „Wirtschaftsrechnung“, die mathematische Aufarbeitung der Theorie vom Grenznutzen etc. in einer vom idealen homo oeconomicus oder dem genauso idealen homo socialis samt „weisem Staatenlenker“ geprägten Gesellschaft (Zitat v. Mises<sup>21</sup>) heutzutage seltsam blutleer an. Angesichts totaler Marktsättigung in den Industriestaaten, verzweifelter Bemühungen um die Erzeugung immer neuer Nachfrage und der zunehmenden Sorge um die Leistungsfähigkeit der Ökosphäre tun sich heutzutage ganz andere Fragen auf als die von dem damaligen „old boy network“ behandelten Probleme einer von Mangel und schweren Verteilungskämpfen charakterisierten Gesellschaft. Eine treffende Aktualisierung des alten und nun wieder neu aufgeflamnten

Streits zwischen Wirtschafts-Dirigisten und Fans der Unsichtbaren Hand lieferten vor etwa zehn Jahren die Österreicher Peter Wilhelmer und Franz Kreuzer<sup>22</sup>. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht die Frage des Kampfes zwischen Regulativ und freiem Kräftespiel, staatlichem Eingriff und privater Initiative, menschengemachter Ordnung und marktgeleitetem scheinbarem Chaos. Insbesondere der Disput zwischen dem damaligen (2004) Chef der Investkredit AG, Wilfried Stadler sowie Ewald Novotny, dem jetzigen Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, zeigen die Pole der Diskussion. Während Stadler einer moderat durch staatliche und internationale Rahmenbedingungen gesteuerten Marktwirtschaft, ergänzt durch allgemeingültige soziale und ökologische Normen das Wort redet und für eine Balance zwischen weltweit gültigen Marktregulativen durch ebensolche auf dem Gebiete des Sozialen und der Umwelt eintritt, wirft sich ein Vertreter der Neoliberalen Schule – Josef Christl<sup>23</sup> – für eine völlige Öffnung aller Schleusen für die Einzelinitiative in die Schranken. Er folgt damit den Thesen Adam Smiths, vergisst aber dabei, dass jener in einer Zeit noch un-erodierter moralischer Standards und eines enorm starken Staates wirkte. Ähnliches, in abgemilderter Form, gilt auch für die Ära Schumpeters<sup>24</sup> und Hayeks<sup>25</sup>. Für Friedrich Wieser<sup>26</sup> z.B. „war der Staat eine sittliche Anstalt“. Er müsse das Vertrauen zu sich selbst haben „eher den richtigen Weg zu finden als die wild wachsenden Mächte“ des freien Marktes. Was alle dargestellten Diskussionen aber letztendlich auf eine seltsam

rückwärtsgewandte und auch rein diagnostische Ebene bannt, ist das Nicht-Einbeziehen vollkommen neuer Komponenten in das sozio-ökonomische Spiel:

1. Des Paradigmenwechsels von einer Mangel- zur Überflusswirtschaft;
2. des zunehmenden Verlusts bzw. der Missachtung von übergeordneten Werten, welche Wirtschaften in einen höheren Zusammenhang setzen;
3. der progressiven Virtualisierung der Wertschöpfung und deren Verlagerung auf rein finanztechnische Operationen;
4. die zunehmende Beeinträchtigung der Ökosphäre;
5. die Spannungen zwischen entwickelten und aufstrebenden Sphären des Globus.

Wien; †22. Juli 1926 in St. Gilgen, Land Salzburg) war österreichischer Volkswirt (Hauptvertreter der neoklassischen Grenznutzenlehre) und Soziologe.

<sup>27</sup> Das Modell T von Ford (ugs. Auch Tin Lizzie, „Blechliesel“) war bis 1972 das meistverkaufte Automobil der Welt.

Eine aktuelle Berufung auf die Lösungen Böhm-Bawerks, Wiesners, Schumpeters und auch Hayeks hat Ähnlichkeiten mit den Bemühungen eines Computertechnikers, der für einen Systemcrash Hilfe in den Schriften von James Watt oder der Gebrauchsanweisung Henry

Fords für die Tin Lizzie<sup>27</sup> sucht: Er missachtet den Wandel der Zeiten.

Eine brauchbare Denkhilfe in dieser heillosen Vielfalt ist der Begriff der Subsidiarität (siehe auch weiter unten). Subsidiarität beschreibt ein Ordnungsprinzip im Verhältnis von Staat und Gesellschaft und besagt, dass ersterer im Verhältnis zur Gesellschaft nicht mehr, aber auch nicht weniger tun soll, als Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten. Subsidiarität ist das Prinzip, dass eine größere gesellschaftliche Einheit nur dann zur Erfüllung einer Aufgabe herangezogen werden soll, wenn diese nicht durch die sachnähere Einheit erfüllt werden kann. Legt man das Prinzip der in der Tiefe gestaffelten kontrollierten Freiräume auf unsere Thematik – den Wettstreit zwischen Kollektivismus und Individualismus und dessen Folgen – um, so löst sich dieser, wie viele scheinbare Widersprüche, in ein lediglich graduelles Problem auf:

**Es geht nicht um Schwarz oder Weiß, um Liberalismus oder Kollektivismus, um Hayek oder Keynes – sondern um eine ausgewogene Mitte, den optimalen Grad an Spannung zwischen Ordnung und Freiraum.**

Unüberbrückbare Unterschiede zwischen Liberalismus und dem traditionellen Sozialismus liegen allerdings im Eigentumsbegriff an den Produktionsmitteln. Alle anderen Parameter, wie staatliche Einflussnahme und Besitz, damit der individuelle

Freiraum für den Einzelnen und dessen wirtschaftliche Aktivitäten, sind in den Demokratien des Westens graduell veränderbar. Im Grad der Regulierung und deren Universalität, was ihre geographische Gültigkeit anlangt, liegt auch der Schlüssel zur Lösung unseres Rätsels.

Dies sei eine erste, grundlegende Antwort an alle Fundamentalisten der erwähnten zwei Lager. Zum Schluss: Das funkelnagelneue Bekenntnis eines neoliberalen Vorkämpfers, der gewiss nicht des Kollektivismus verdächtigt werden kann:

<sup>28</sup> Jeffrey D. Sachs: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt. Originaltitel: *The End of Poverty: Economic Possibilities for Our Time*; Originalverlag: Penguin Press, 2005, aus dem Amerikanischen von Thorsten Schmidt, Udo Rennert.

<sup>29</sup> <http://goo.gl/QmUFjH>

*„Auch wenn volkswirtschaftliche Lehrbücher für Studienanfänger Individualismus und dezentrale Märkte predigen, beruhen unsere Sicherheit und unser wirtschaftliches Wohlergehen mindestens ebenso sehr auf kollektiven Entscheidungen mit dem Ziel, Krankheiten zu bekämpfen, eine solide wissenschaftliche Forschung und ein gut ausgebautes Schulwesen zu fördern, notwendige Infrastrukturen bereitzustellen und den Ärmsten der Armen zu helfen.“<sup>28</sup>*

Die Unsichtbare Hand kann sich nicht ganz von selbst am Zopf aus dem Schlamm ziehen. Das konnte – angeblich – nur Münchhausen. Offensichtlich glauben ihm manche noch immer: soviel zur Relativität auch des Monetarismus.

## **Bürokratie und Kompetenzdschungel**

Bürokratie, in Maßen und angepasst eingerichtet und angewendet, ist ein unerlässliches Instrument rationaler Herrschaftsausübung und Problembewältigung in Staat, Verwaltung und in Unternehmen. Bürokratische Strukturen sind durch allgemeingültige Gesetze geregelt und behandeln im Regelfall alle Betroffenen, ohne Ansehen der Person, gleich und sind durch Arbeitsteilung, Einsatz von speziellen Mitteln und Anwendung bewährter Denkweisen wirksam<sup>29</sup>.

Nachteile einer auf die Spitze getriebenen Bürokratisierung zeigen sich nicht nur im Staat, sondern auch in der Industrie und in anderen gesellschaftlichen Organisationen. Im staatlichen und überstaatlichen (insbesondere auch im europarechtlichen) Bereich liegen Risiken in einem Übermaß der Verrechtlichung und der damit verbundenen „Bürokratisierung“ des Lebens: Um der Vielgestaltigkeit des Lebens Rechnung zu tragen, finden sich in einem Rechtsstaat viele Ausnahme- und Sonderregeln für staatliches Handeln und ein immer komplizierteres System von Rechtsvorschriften. Doch selbst dieses



Übermaß an rechtlichen Regelungen kann prinzipiell der Vielgestaltigkeit der Einzelfälle nicht angemessen sein. Zudem kann es, gemessen am eigentliche Verwaltungszweck, einen unverhältnismäßig hohen Aufwand an Kosten, Zeit und Kraft zu Lasten zügigen und einfachen Handelns erfordern.

Ein Ausweg kann darin liegen, Entscheidungskompetenzen in hohem Maße zu dezentralisieren, zugleich das Subsidiaritätsprinzip streng einzuhalten und für eine Verwaltungskultur zu sorgen, die es gestattet, der Verwaltung angemessene Ermessensspielräume zu gewähren, damit sie den konkreten Situationen gerecht werden kann.

### **Das Parkinson-Prinzip**

„Arbeit dehnt sich in genau dem Maß aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht.“

Das ist die Quintessenz des Parkinson'schen Gesetzes<sup>30</sup> zum Bürokratiewachstum, erstmals veröffentlicht 1955. Als motivierende Tendenz gibt Parkinson zwei

<sup>30</sup> <http://goo.gl/IscPNW>

Lehrsätze an, die in vielen Büros der Welt Gültigkeit haben:

- Jeder Angestellte wünscht, die Zahl seiner Untergebenen, nicht jedoch die Zahl seiner Rivalen zu vergrößern.
- Angestellte schaffen sich gegenseitig Arbeit.

Nach Parkinson beträgt die jährliche Zunahme des Personals ohne Rücksicht auf die Variationen der Arbeitsmenge zwischen 5,2% und 6,6%. Er geht sogar so weit zu behaupten, dass die Kernaufgaben auch ganz wegfallen könnten, ohne dass die Verwaltung deshalb schrumpfen würde. In modernen Verwaltungen wurden neue Begriffe und Funktionen eingeführt, wie z.B. Controlling, Neue Steuerungsmodelle, betriebswirtschaftliche Kennzahlen usw. Dabei steigt oft der Anteil des Personals in diesen Arbeitsbereichen, während für die eigentlichen Kernaufgaben das Personal stagniert oder gar sinkt. Dies lässt sich in Österreich z.B. signifikant im Schulwesen, dem überbordenden Projektgruppen-Unwesen oder auch anhand der zahlreichen Untersuchungsausschüsse beobachten, wo der Mangel an vorausschauendem Handeln durch nachträgliches Untersuchen (erfolglos) abgebüßt werden soll.

All diese Erscheinungen verursachen immer höhere Kosten, welche durch zahlreiche offene oder verdeckte Regulative dem Bürger aufgebürdet werden – insbesondere aber jenen, bei welchen auf Grund ihrer finanziellen Lage „noch etwas zu holen“

ist. Diese Gesinnung findet sich mittlerweile auch bei hochrangigen Vertretern konservativer Parteien, wie z.B. der ÖVP-Innenministerin, welche durch den öffentlich Aufruf „Her mit dem Zaster! Her mit der Marie“<sup>31</sup> im Jahre 2011 für Erstaunen gesorgt hatte.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für das Überborden und ins Sinnlose-Übergehen der staatlichen „Fürsorge“ ist die schon erwähnte unterschiedliche Nutzung der durch das sogenannte Quantitative Easing (QE) von den Notenbanken in jüngster Zeit zur Verfügung gestellte billige Geld. Während die Möglichkeiten, die extrem günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen, Forschung und Entwicklung oder Ausweitung bestehender Geschäfte zu nutzen, in Europa wegen der zahlreichen bürokratischen Hindernisse weitestgehend ungenutzt bleiben, springen die Unternehmen in den USA auf den bereitgestellten Zug auf. Der Grund besteht ganz einfach darin, dass die Regulative in den USA bei weitem nicht so starr sind wie in der Europäischen Union mit

<sup>31</sup> <http://goo.gl/wSj1Ja>

ihrer vielstöckigen, emsigen Bürokratie, welche sich selbstständig gemacht hat und täglich neue Gesetze und Verordnungen produziert. Die nationalen Ämter haben sodann übergenug damit zu tun, diese weiter herunterzubrechen, zu verbreitern und noch komplizierter zu machen.

## **Macht in inkompetenten Händen**

Niemand würde einen Installateur, geschweige denn einen Elektriker, in seinem Domizil an die komplexe und in manchen Fällen auch durchaus risikobehaftete Technik heranlassen, der nicht eine dafür vorgeschriebene Qualifikation nachweisen kann. Die teils sehr alten Gewerbeordnungen, Gesetze und Normen schreiben dies zwingend vor – mit gutem Grund. Eine falsch eingebaute Sicherung, ein ungeerdeter Kühlschrank können Gefahr für Leib und Leben darstellen.

Ganz anders steht es um jene Personen, welche per politischer Ermächtigung die Oberleitung über, z.B., die Finanzgebarung von Millionen Menschen ausüben. Hierfür ist, abgesehen von der Gunst einer Reihe politischer Mandatare, keinerlei nachzuweisende Kompetenz Voraussetzung. Während jeder sich halbwegs bei Sinnen befindende Tankstellenpächter oder Unternehmensvorstand seinen Buchhalter oder Controller auf Herz und Nieren prüft, bevor er ihnen die Aufsicht über seinen Geschäftsgang und die Kontobeobachtung

anvertraut, abgesehen davon, dass er selbst oder Beauftragte das System öfters überprüfen, fuhrwerken ungelernete, fachfremde Politiker, beeinflusst von zahllosen Lobbyisten, mit dem Vermögen des ganzen Volkes in zum Teil haarsträubender und verderblicher Weise, wie die „Bewältigung“ der aktuellen Bankenkrise exemplarisch vor Augen führt. Im Finanzwesen ist dies – auf Grund des dann folgenden Gejammers – besonders deutlich. Nicht weniger schädlich sind jedoch ähnliche Effekte in anderen Bereichen des Staatswesens.

Auf Grund derartiger Kalamitäten ist es kein Wunder, dass jugendliche und jugendlich-sein-wollende quasi-revolutionäre Kräfte in unserem Lande und auch europaweit immer mehr Zweifel an der herrschenden (Un-)Ordnung zu hegen beginnen, das gesamte System der aktuellen Wirtschaftsordnung und der Regelung von Besitz und Vermögen in Zweifel ziehen – und dabei immer öfter das Kind mit dem Bade ausschütten. Die verantwortlichen Politiker, beileibe nicht frei von Schuld, beeilen sich, populistisch

der herrschenden Strömung eifertig Beifall zu zollen und bahnen so Kräften den Weg, die die Malaise wahrscheinlich noch verschlimmern werden, anstatt sie besonnen zu reparieren: dazu fehlen ihnen sowohl Sachkenntnis, Kraft als auch der Mut.

### **Was bleibt?**

Als Fazit aus all den dargelegten Umständen bleibt die Erkenntnis, dass es Sache des Einzelnen – wo immer sie und er auch in der staatlichen unternehmerischen, bürgerlichen und parteipolitischen Hierarchie stehen und wirken mag – sich in den politischen Diskurs, auf der Basis sorgfältiger Recherche und Meinungsbildung, einzumengen und das beginnende Tohuwabohu, die Abwertung aller Werte im vielfachen Wortsinn, durch Kritik und Vorschläge zur Besserung hintanzuhalten. Dass dazu in einer Umwelt, in welcher mächtige Kräfte per Tabuisierung versuchen, ihre Positionen als die allein seligmachenden einzubetonieren, macht dies zu einem Unternehmen für die Mutigen und Selbstbewussten.

In diesem Sinne wurde diese Betrachtung verfasst: Nicht unparteiisch, aber so sorgfältig und verantwortungsbewusst wie möglich.



# Entwicklung und Kennzahlen

## ENTWICKLUNG UND KENNZAHLEN CAPITAL BANK – GRAWE GRUPPE AG

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
Bilanzsumme	933.233	920.513	833.990
Forderungen an Kunden	219.473	170.454	140.726
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	382.011	362.075	325.265
Betriebsergebnis	20.429	14.101	13.222
EGT	29.551	7.661	7.181
Eigenmittel in % der Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs. 1 BWG	16,9 %	24,8 %	39,5 %
Kundendepotvolumen	8.818.643	8.202.288	8.133.356
Mitarbeiter (ohne Tochtergesellschaften)	157	167	160



**Organe der  
Capital Bank –  
GRAWE  
Gruppe AG  
im Geschäfts-  
jahr 2014**

**Vorstand**

Christian Jauk, MBA MAS  
Vorsitzender des Vorstands

Mag. Constantin Veyder-Malberg  
Mitglied des Vorstands

## **Aufsichtsrat**

Mag. Dr. Othmar Ederer  
Generaldirektor der  
Grazer Wechselseitige Versicherung Aktiengesellschaft  
Vorsitzender des Aufsichtsrats

DDIng. Mag. Dr. Günther Puchtler  
Mitglied des Vorstands der Grazer Wechselseitige  
Versicherung Aktiengesellschaft  
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

Dipl. Techn. Erik Venningdorf  
Mitglied des Vorstands der Grazer Wechselseitige  
Versicherung Aktiengesellschaft  
Mitglied des Aufsichtsrats

Dr. Franz Hörhager  
Geschäftsführer der Mezzanine Management GmbH  
Mitglied des Aufsichtsrats

## **Vom Betriebsrat delegierte Mitglieder**

Rudolf Laudon

Harald Greimel

## **Geschäftsverlauf**

Die Finanzwirtschaft wurde im Geschäftsjahr 2014 vor zahlreiche Herausforderungen gestellt. Billiges Geld der europäischen Zentralbank verfehlte bis jetzt den erhofften wirtschaftlichen Stimulus und ließ gleichzeitig Renditen auf Anleihen schmelzen. Die inflationsfördernde Wirkung dieser Maßnahme blieb bis jetzt aus und das Thema Deflation rückt mehr und mehr in den Fokus.

Von Kreditinstituten und Vermögensverwaltern werden diese Rahmenbedingungen mittlerweile als „the new normal“ bezeichnet. Der Capital Bank – GRAWE Gruppe AG (im Folgenden kurz Capital Bank) ist es in der Vergangenheit stets gelungen, sich gut auf das dynamische Umfeld einzustellen und innovative Akzente im österreichischen Private Banking Markt zu setzen. Als erstes österreichisches Kreditinstitut wagte man die Einführung der unabhängigen Honorarberatung, bei der sämtliche versteckte Provisionen von Produktanbietern offengelegt und an den Kunden weitergegeben werden.

Themenführerschaft übernahm man auch mit der sogenannten „Weißgeldstrategie“, bei der Kunden bei der Repatriierung von Auslandsvermögen unterstützt wurden.

Im Jahr 2014 wurde mit der Gründung der gemeinnützigen Privatstiftung „Philanthropie Österreich“ ein Schwerpunkt auf Philanthropie-Beratung gesetzt. Als erste Bank Österreichs bietet die Capital Bank damit die Rahmenbedingungen zur optimalen Umsetzung gesellschaftlichen Engagements. Die Qualität des Bankhauses wurde im Jahr 2014 bei einem von der Tageszeitung „Die Presse“ durchgeführten Mystery Shopping unterstrichen. Auch die in Kooperation mit der Universität Koblenz-Landau durchgeführte Kundenbefragung zeigt ein erfreuliches Bild. Demnach weist die Capital Bank einen hervorragenden Net Promoter Score von 60 % auf.

Private Banking ist das Kerngeschäft der Capital Bank. Neben der Generierung neuer Kundengelder konnten die „Assets under Management“ (verwaltetes Kundenvermögen), auch aufgrund der positiven Wertentwicklung der Vermögensverwaltung, um 13,5 % ausgebaut werden. Der internationale Trend, dass Beratungsmandate in der Vermögensverwaltung stärker nachgefragt werden, war auch in der Capital Bank spürbar.

Mit einem Anstieg des Gesamtbilanzes um rund 15,2 % auf € 256,4 Mio. entwickelte sich auch das Kreditgeschäft der Bank sehr erfreulich. Der

Schwerpunkt im Finanzierungs-  
bereich liegt dabei traditionell auf  
Wertpapierlombardkrediten.

Im Private Banking wurden im  
Geschäftsjahr 2014 mehrere  
Schwerpunkte gesetzt. Ein umfang-  
reiches IT-Projekt zur Verbesserung  
der Kundenbetreuung wurde Ende  
des Jahres abgeschlossen. Vor allem  
die Kunden sollen davon in Form  
von verbesserten Depot- und Per-  
formanceauswertungen profitieren.  
Optimiert wurde auch der bankin-  
terne Kreditprozess. Neben einem  
höheren Automatisierungsgrad und  
der Hebung von Synergien mit der  
HYPO-Bank Burgenland AG wurde  
auch die Rolle des Kundenbetreuers  
gestärkt.

Die Abteilung Family Office ist auf  
die Betreuung von High Net-Worth  
Individuals, Privatstiftungen und  
Familienunternehmen spezialisiert  
und konnte mit dem Ausbau des  
Geschäftsvolumens um 18,5 %  
erneut einen beeindruckenden  
Erfolg verbuchen. Neben der  
Umsetzung von Spezialthemen  
(z.B. Betreuung bei Erwerb/Verkauf  
nicht börsennotierter Unterneh-

mensbeteiligungen, Spezialfinanzierungen oder Management Buy-out) liegt die Kernkompetenz des Family Office auf der Berücksichtigung individueller Kundenbedürfnisse bei sämtlichen finanziellen Angelegenheiten.

Kernaufgabe des Bereichs Asset, Product and Quality Management (APQM) ist die professionelle Verwaltung von Kundengeldern in der zentralen Vermögensverwaltung. Dabei gelangen in der zentralen Vermögensverwaltung im vergangenen Geschäftsjahr, mit besonderem Augenmerk auf ein gutes Risiko-Ertragsverhältnis, Nettoerträgen zwischen 4,8 % und 5,1 %, in Abhängigkeit von der Risikoklasse. Neben der Veranlagung bringt das APQM Know-how in das Private Banking ein, zum Beispiel bei der Mithilfe zur Erstellung von Anlagevorschlägen. Darüber hinaus nimmt das APQM die Funktion der Qualitätssicherungsstelle im Bankhaus ein und administriert hauseigene Emissionen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde dem Bereich außerdem die Betreuung von Fremdbanken und Versicherungen eingegliedert.

„Die Plattform“, jener Bereich der Capital Bank, der die Rolle einer Depotstelle für Kunden von Wertpapierfirmen übernimmt, verzeichnete im Jahr 2014 einen leichten Rückgang der Depotanzahl bei gleichzeitig positiven Nettomittelzuflüssen. Die persönliche Ansprache und Betreuung der unabhängigen Berater wurde weiter intensiviert. Darüber hinaus wurde versucht, das Serviceangebot noch

weiter an die Kundenbedürfnisse anzupassen. Das 2012 gestartete online Sparkonto „Konto plus“ verzeichnete Zugänge von rund € 30 Mio. und steht nun bei einem Gesamtvolumen von ca. € 88,8 Mio.

Der Fokus des Geschäftsbereichs Investment Banking lag im vergangenen Geschäftsjahr wieder auf Investments im High-Yield Bereich, besonders im Rahmen der Kooperation mit dem in San Francisco angesiedelten Fonds Cardinal Point. Insbesondere galt es im Jahr 2014, die Fondsstruktur von Cardinal Point an die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen des Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz (AIFMG) anzupassen.

Die Schaffung einheitlicher Stabs- und Servicebereiche für die Bankenbeteiligung der Grazer Wechselseitige Versicherung AG wurde bereits im Jahr 2010 umgesetzt. Die Stabs- und Servicefunktionen sind seitdem in der Muttergesellschaft der Capital Bank, der HYPO-Bank Burgenland AG, organisatorisch angesiedelt und erbringen Leistungen sowohl für die

Capital Bank als auch für die übrigen Kreditinstitute der GRAWE Bankengruppe.

Die BK Immo Vorsorge GmbH (im Folgenden kurz BK Immo) wurde im Jahr 2009 gegründet und ist auf die Errichtung von Vorsorgewohnungen, den Ankauf und die Sanierung von Altimmobilien sowie die Konzeption von Bauherrenmodellen spezialisiert. Trotz eines sich schwieriger gestaltenden Immobilienumfeldes konnte das Geschäftsjahr 2014 über der Planung abgeschlossen werden. Der Schwerpunkt lag vor allem auf der Platzierung von bereits bestehenden Projekten und der Selektion und dem Erwerb neuer Objekte.

Die Capital Bank ist stets bemüht, den Bildungsstandard ihrer MitarbeiterInnen auf sehr hohem Niveau zu halten. Aufgrund der hohen fachlichen Qualifikation und Leistungsbereitschaft unserer MitarbeiterInnen sowie einer regelmäßigen Investition in deren Aus- und Weiterbildung sehen wir der zukünftigen Entwicklung unserer Bank sowohl für das kommende Geschäftsjahr als auch längerfristig sehr zuversichtlich entgegen. Die Capital Bank zählt per 31.12.2014 168 MitarbeiterInnen.

Die Capital Bank ist sich ihrer sozialen Verantwortung als Mitglied der Gesellschaft bewusst. So wurden zahlreiche unentgeltliche Vorträge zu wirtschaftlichen Themen abgehalten. Bei Fachvorträgen an universitären Einrichtungen war es stets das vorrangige Ziel, Studierenden Fachwissen zu



vermitteln und einen praxisnahen Einblick in die Bankenwelt zu gewähren. Zusätzlich fördert die Capital Bank zahlreiche soziale und universitätsnahe Einrichtungen.

### **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Nach den beiden Rezessionsjahren 2012 und 2013 stellte sich im Jahr 2014 erstmals wieder ein kleines Wachstum ein. Nicht zuletzt wegen des Ukraine-Konflikts fiel dieses jedoch geringer aus, als im Vorfeld erwartet wurde. So senkte der IWF in seiner jüngsten Prognose den Ausblick der Eurozone für das Jahr 2014 von 1,1 % auf 0,8 %. Dennoch wurde in der Eurozone auch einiges auf den Weg gebracht. Nach Durchführung der „Umfassenden Bilanzprüfung“ durch die EZB hat diese mit 4. November die Aufsicht über die 130 größten europäischen Geldinstitute übernommen. Damit wurde ein weiterer Schritt getan um das europäische Bankensystem zu stabilisieren. Gleichzeitig gestaltete die EZB ihre Geldpolitik im vergangenen Jahr deutlich expansiver als noch im Jahr zuvor. Sie reagierte

letztlich entschlossen auf den laufenden Rückgang der Inflationserwartungen. Neben vielen weiteren Maßnahmen sticht der negative Einlagensatz von  $-0,1\%$  hervor, den die Notenbank in ihrer Juni Sitzung beschloss und im September nochmals auf  $-0,2\%$  reduzierte. Der Ankauf von Pfandbriefen und Asset Backed Securities ab Herbst 2014 gipfelte schließlich in einer vollwertigen quantitativen Lockerung am 22. Jänner 2015. Die Europäische Zentralbank schlägt damit einen Weg ein, den einige Jahre vor ihr bereits die USA, Japan und Großbritannien beschritten. Politisch gestaltet sich die Lage in Europa nach wie vor schwierig. Nicht nur der Konflikt mit Russland über die territoriale Integrität der Ukraine belastete die Konjunktur. Auch der mangelnde Reformeifer, allen voran in Frankreich und Italien, lähmt die wirtschaftliche Entwicklung Europas. Das zeigt sich besonders deutlich an den Wachstumszahlen der Euroländer. Während in den vergangenen Jahren die Wachstumsdifferenzen zwischen den Euro-Kernländern und den PIIGS-Staaten zutage traten, sind diese Unterschiede heute zwischen reformstarken und reformschwachen Ländern zu beobachten.

Die USA starteten wetterbedingt schwach in das vergangene Jahr. Die Wirtschaftsleistung sank im ersten Quartal auf Grund des starken Winters um  $2,1\%$ . Danach aber zeigten die Vereinigten Staaten eine deutliche Erholung. Die Wachstumszahlen stiegen im zweiten und dritten Quartal auf  $4,6\%$  bzw.  $5,0\%$ . Für das Gesamtjahr 2014 erwartet sich

der Internationale Währungsfonds einen Anstieg der Wirtschaftsleistung von 2,4 %. Die starke Entwicklung der US-Konjunktur zeigte sich auch am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenrate lag im November mit 5,8 % deutlich unter den 6,7 % zu Jahresbeginn. Auf Grund des Ölpreisverfalls und des starken US-Dollars wies die Inflationsentwicklung dennoch rückläufige Tendenzen auf. Die durchschnittliche Teuerungsrate sank im November von zuvor 1,7 % auf nur noch 1,3 %. Damit liegt auch in den USA die Inflationsrate deutlich unter dem Ziel der Notenbank von 2,0 %. Die Übernahme des Vorsitzes in der Federal Reserve Bank durch Janet Yellen erfolgte im Februar, also noch in ruhigem Fahrwasser. Im neuen Jahr aber steht der US-Notenbank die erste US-Zinserhöhung seit dem Jahr 2006 bevor. Eine der Hauptaufgaben der Notenbank-Präsidentin wird es sein, die Kapitalmärkte früh genug auf diesen Schritt vorzubereiten um plötzliche Kapitalbewegungen zu vermeiden.

Japan startete vielversprechend in das Jahr 2014. Der im Dezember

2012 als neuer Ministerpräsident gewählte Shinzo Abe konnte noch im Jahr 2013 durch Einführung der ersten beiden Säulen seines Wirtschaftsprogramms „Abenomics“ schnell beachtliche Erfolge erzielen. Mit Hilfe einer massiven Geldmengenausweitung durch die Zentralbank (1. Säule) und kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen (2. Säule) war es möglich, der Wirtschaft Schwung zu verleihen und die Inflation im deflationsgeplagten Land anzutreiben. Allerdings verabsäumte man, die dritte Säule aus Wirtschaftsreformen als nachhaltigen Träger der Konjunktur aufzustellen. Und das wurde im Jahr 2014 spürbar. Mit nur 0,1 % Wachstum liegt Japan nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2014 deutlich hinter dem Schnitt der Industriestaaten von 1,8 % zurück.

Österreichs Wirtschaft dürfte im Jahr 2014 nach aktuellen Schätzungen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) um 0,4 % gewachsen sein. Entgegen den herrschenden Erwartungen zu Jahresbeginn konnte damit keine nennenswerte Konjunkturbelebung gegenüber dem Jahr 2013 erzielt werden. Und auch für das Jahr 2015 wurden die Erwartungen bereits auf 0,7 % zurückgeschraubt. Erst im Jahr 2016 soll das Wachstum auf 1,6 % steigen, aber auch das ist eine deutliche Revision gegenüber früheren Schätzungen. Trotz der schleppenden Konjunkturentwicklung ging die Arbeitslosenrate nach Eurostat Berechnungen im Jahr 2014 von 5,0 % auf 4,9 % zurück. Für 2015 erwartet sich die OeNB allerdings wieder einen Anstieg auf 5,3 %. Die

Teuerungsrate (HVPI) lag im Jahr 2014 mit 1,5 % deutlich über dem Eurozonen-Schnitt von 0,6 %. Trotz expansiver Notenbankpolitik dürfte die Inflation im Jahr 2015 nochmals auf 1,4 % zurückgehen, so die Erwartung der OeNB.

### **Kapitalmarkt**

2014 zeigte erneut, wie wichtig Diversifikation für den Anlageerfolg ist. „Aktien“ waren im Berichtsjahr keinesfalls gleich „Aktien“. Wer einen Fokus auf österreichische Titel legte, musste mit einem Minus von 15,2 % im ATX deutliche Kurseinbußen hinnehmen. In den Schwellenländern (MSCI Emerging Markets) standen -4,6 % zu Buche. Europäische Aktien konnten am Eurostoxx gemessen zumindest 1,2 % zulegen. Plus 2,6 % waren es im deutschen DAX-Index. Dagegen stieg der US-amerikanische S&P 500 im Jahresverlauf um 11,4 %. In Summe legten globale Aktien (gemessen am MSCI World) im Jahresverlauf um 2,9 % zu.

Trotz der bereits rekordtiefen Zinsen zu Jahresbeginn lieferten

österreichische Staatsanleihen (Effas Austria > 1 Jahr) einen Ertrag von 12,4 %. Damit schrumpfen aber die in den nächsten Jahren zu erzielenden Renditen deutlich. Zu Jahresende wurden österreichische Staatsanleihen mit Restlaufzeiten von bis zu 4 Jahren mit negativen Renditen gehandelt. Von den gesunkenen Kapitalmarktrenditen profitierten schließlich auch europäische Unternehmensanleihen, die inklusive Kupons im Schnitt 8,4 % Rendite einbrachten. Kein gutes Jahr war es hingegen für Hochzinsanleihen, die unter dem fallenden Ölpreis litten. Mit 2,6 % gingen aber auch sie zumindest mit einem Plus aus dem Jahr.

Auf Grund der globalen Deflationstendenzen war das Jahr 2014 für Rohstoffinvestoren ein sehr schwieriges. Der Preis für ein Barrel Öl der Sorte Brent Crude Oil sank im 2. Halbjahr von 112 USD auf nur noch 57 USD. Trotz dieser Entwicklung ging der Goldpreis nur 1,4 % tiefer aus dem Jahr 2014. Freuen konnten sich Anleger hingegen über USD-Positionen. Knapp 12,0 % legte der Greenback im Jahresverlauf gegenüber dem Euro zu.

# **GESCHÄFTS- ENTWICKLUNG**

## **Bilanz**

Die Bilanzsumme der Capital Bank weitete sich geringfügig auf € 933,2 Mio. im Jahr 2014 im Vergleich zu € 920,5 Mio. im Vorjahr aus. Dabei stiegen die Forderungen an Kunden im Jahresverlauf um 23,6 % auf € 219,5 Mio. Auf der Passivseite weiteten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von € 362,1 Mio. auf € 382,0 Mio. um 5,5 % aus. Gleichzeitig verringerten sich die Eigenen Emissionen um 11,8 % von € 374,0 Mio. auf € 330,0 Mio.

Die Eigenmittel gemäß Teil 2 CRR gingen im Wirtschaftsjahr 2014 von € 147,8 Mio. auf € 134,5 Mio. um ca. 9,0 % zurück. Die erforderlichen Eigenmittel erhöhten sich deutlich um rund 33,7 % von € 47,6 Mio. 2013 auf € 63,6 Mio. im Jahr 2014. Demzufolge beträgt der Eigenmittelüberschuss rund € 70,9 Mio., was im Vergleich zum Vorjahr eine Verringerung um 29,3 % bedeutet. Die Eigenmittelquote,

also die anrechenbaren Eigenmittel in Relation zur Bemessungsgrundlage gemäß CRR, verringerten sich deutlich von 24,8 % auf 16,9 %. Die ausgewiesenen Eigenmittel in Höhe von € 134,5 Mio. bestehen zu 92,8 % aus Kernkapital.

Der Return on Equity, der sich aus dem Verhältnis des Jahresüberschusses vor Steuern zum Equity exklusive Bilanzgewinn vor Rücklagenbewegung ergibt, (ROE: 2014: 23,6 %; 2013: 6,3 %) stieg im Vergleich zum Vorjahresniveau deutlich um rund 17,3 Prozentpunkte. Grund dafür war der wesentlich höhere Jahresüberschuss vor Steuern im Jahr 2014. Auch der Return on Assets, das Verhältnis vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) zur durchschnittlichen Bilanzsumme, erhöhte sich im Berichtszeitraum deutlich von 0,9 % auf 3,2 %. Der Return on Capital Employed wuchs ebenfalls stark um 30,4 Prozentpunkte von 16,1 % auf 46,5 % im Jahr 2014. Der Return on Capital Employed berechnet sich aus dem Verhältnis EGT zu den erforderlichen Eigenmitteln.

Da der Fokus der Capital Bank auf dem Provisionsgeschäft liegt, spielt die Entwicklung der Bilanzsumme und der Vergleich mit klassischen Retail-Banken für die Capital Bank eine untergeordnete Rolle. Langfristiges Ziel der Bank ist es, im Sinne des Eigentümers risikoadäquate Renditen zu erwirtschaften und somit die Rentabilität des Unternehmens künftig weiter zu steigern.



## GuV

Das erzielte EGT erhöhte sich deutlich von € 7,7 Mio. auf € 29,6 Mio. im Geschäftsjahr 2014. Neben einer erfreulichen Entwicklung des operativen Geschäfts trugen auch geänderte Annahmen von Bewertungen zum Anstieg des EGT bei. Beim Provisions- und Finanzergebnis gelang eine Steigerung um € 0,9 Mio. auf € 22,2 Mio. Der Nettozinsertrag stieg im Berichtszeitraum von € 7,0 Mio. um erfreuliche 13,7 % auf € 7,9 Mio.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 9,1 % auf € 14,8 Mio. und auch der Sachaufwand stieg um moderate 3,2 % von € 7,7 Mio. auf € 7,9 Mio.

Die Capital Bank erwirtschaftete 2014 ein Betriebsergebnis von € 20,4 Mio. Dies entspricht einem Anstieg um rund 44,9 % im Vergleich zum Betriebsergebnis von € 14,1 Mio. im Jahr 2013. Die Cost Income Ratio verbesserte sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr von 60,8 % auf 53,5 %.

## **Kundendepotvolumen**

Auch im Geschäftsjahr 2014 stand für die Capital Bank das Gewinnen von Marktanteilen und somit der Ausbau des Kundendepotvolumens im Mittelpunkt. Mit 7,5 % Wachstum beim Kundendepotvolumen von € 8,2 Mrd. auf € 8,8 Mrd. blieb man jedoch knapp hinter den Erwartungen. Unsere Tochtergesellschaft, die Security Kapitalanlagegesellschaft, konnte ihr Depotvolumen von € 2,7 Mrd. im Jahr 2013 auf € 3,4 Mrd. im Jahr 2014 erneut deutlich anheben. Das entspricht einer Erhöhung um 24,1 % im Jahresvergleich. Der Teilkonzern der Capital Bank erzielte 2014 in Summe mit einem Wachstum der Assets under Management inklusive Eigene Emissionen von € 1,3 Mrd. einen neuen Höchstwert von € 12,9 Mrd. (+10,7 %).

## **Vorgeschlagene Dividende**

Im Geschäftsjahr 2014 konnte ein EGT von € 29,6 Mio. erzielt werden. Die Capital Bank wird nach erfolgter Beschlussfassung in der Hauptversammlung eine Dividende im Ausmaß von voraussichtlich € 25,0 Mio. an ihren Eigentümer, die HYPO-Bank Burgenland AG, ausschütten.

## **Ausblick**

Auch wenn das Euro-Zonen-Wachstum in den Jahren 2015 und 2016 wieder zunehmen wird,

bleibt die Region hinter ihrem Potentialwachstum zurück. Trotz der Politik des billigen Geldes zeigte die Kreditnachfrage im Euroraum bislang kaum Reaktionen. Angesichts der geopolitischen Risiken und der schwachen Wachstumszahlen verhalten sich die Konsumenten und Unternehmer weiterhin abwartend. Aber es gibt auch unterstützende Entwicklungen. Der rigide Sparkurs einiger Länder kann wieder gelockert werden. Zudem wirken der niedrige Euro und der gefallene Ölpreis positiv auf die europäische Wirtschaft ein. Der Internationale Währungsfonds geht daher aktuell von einer leichten Wachstumssteigerung auf 1,2 % im Jahr 2015 und 1,5 % im Jahr 2016 aus.

Weiterhin solide entwickeln sich aus heutiger Sicht die USA. Auch ihnen kommt der niedrige Ölpreis zugute. Er wirkt wie eine Steuererleichterung für den so wichtigen US-Konsumenten. Nach bereits 2,4 % Wachstum im Jahr 2014 wird dieses nach aktuellen IWF-Prognosen in den Jahren 2015 und 2016 auf 3,6 % bzw. 3,4 % ansteigen. Trotz dieser starken Entwicklung blieben die

Inflationszahlen angesichts der gesunkenen Energiepreise und des starken US-Dollars bisher verhalten. Die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Federal Reserve Rates erwartet dennoch Anhebungen des US-Leitzinses auf über 1,0 % bis zum Jahresende 2015.

Nach einem erfolgreichen Geschäftsjahr 2014 gilt es für die Capital Bank, die Servicequalität im Private Banking auszubauen und den eingeschlagenen Wachstumskurs konsequent weiter zu gehen.

Die eingangs beschriebene Marktlage unterstreicht die Notwendigkeit einer professionellen und verantwortungsbewussten Vermögensverwaltung. Immobilien stellen nur mehr in wenigen Ausnahmen eine brauchbare Alternative zur Veranlagung am Kapitalmarkt dar. Die Capital Bank ist sich dieser Verantwortung bewusst und arbeitet daher konsequent an der Qualitätsverbesserung der angebotenen Serviceleistungen.

Besonders die Verbesserung der Onlinefunktionalität soll für Kunden deutliche Verbesserungen in den Punkten Übersichtlichkeit und Benutzerfreundlichkeit bringen.

Nicht nur der Capital Bank sondern der gesamten Unternehmensgruppe steht, mit dem Erwerb eines Mehrheitsanteils an der Bankhaus Schelhammer & Schattera AG durch die HYPO-Bank Burgenland AG, Veränderung bevor. Das Closing wird für das

2. Quartal 2015 erwartet. Das Hauptaugenmerk wird auf die Erhaltung von Schelhammer & Schattera als gleichberechtigtes Institut der GRAWE Bankengruppe mit einer Stärkung der Ertragskraft im Kerngeschäft des Bankhauses gelegt, bei gleichzeitiger Integration in die Konzern-Stabs- und Servicebereiche der gesamten GRAWE Bankengruppe.

Mit der Aufnahme von Schelhammer & Schattera in die Unternehmensgruppe erschließen sich für Veranlagungskunden der Capital Bank neue Themengebiete. Das Bankhaus ist das führende Institut für ethische und nachhaltige Veranlagung und besitzt langjährige Erfahrung im Gold- und Devisenhandel.

Der Bankenmarkt in Österreich befindet sich im Umbruch. Die Capital Bank ist in dieser Phase ein stabiler und verlässlicher Partner für ihre Kunden und Geschäftspartner. Langfristige, vertrauensvolle und faire Geschäftsbeziehungen, eine reibungslose und effiziente Abwicklung der dahinterstehenden

Geschäftsprozesse sowie eine verantwortungsvolle Risikopolitik stehen dabei im Mittelpunkt. Aus dieser Position der Stärke steht einem erfolgreichen Geschäftsjahr 2015 aus heutiger Sicht nichts im Wege.

### **Ereignisse nach Bilanzstichtag**

Seit dem Bilanzstichtag sind keine besonderen und in weiterer Folge berichtenswerte Vorgänge eingetreten.

## **Einleitung**

Das Risikomanagement in der Capital Bank wird als arbeitsteiliger Prozess der Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung von definierten Risiken auf KI-Gruppenebene verstanden. Ein qualitativ angemessenes Risikomanagement wird als wesentlicher Erfolgsfaktor für die nachhaltig erforderliche Entwicklung des Unternehmens gesehen.

Im Jahr 2014 stellten vor allem der weitere Ausbau des KI-Gruppenrisikomanagements sowie die damit verbundene Gesamtbanksteuerung und die Umsetzung aktueller aufsichtsrechtlicher Anforderungen wesentliche Aufgaben im Risikomanagement dar. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten des Risikomanagements wurde im Jahr 2014 vor allem auf die Erweiterungen und Verfeinerungen der Risikomanagementtätigkeiten im Rahmen der Kapitalgarantien, des ICAAP und im Private Banking der Capital Bank gelegt. Weiters bildeten auch die Umsetzungen aktueller aufsichtsrechtlicher Anforderungen, die Erweiterungen

der Stresstests sowie die Weiterentwicklung der Berichtsmethoden und der Dokumentationsanforderungen in der KI-Gruppe der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft Schwerpunkte der Tätigkeiten im Berichtsjahr.

Die Offenlegung gemäß Artikel 431 ff CRR erfolgt im Internet unter [www.bank-bgld.at](http://www.bank-bgld.at)

### **Risikomanagement**

Zielsetzung im Bereich Risikomanagement ist es, sämtliche Risiken des Bankbetriebes (Kredit-, Markt-, Zins- und Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken) zu identifizieren, zu quantifizieren sowie aktiv zu steuern. Gemäß den Bestimmungen des § 30 Abs 7 BWG ist die HYPO-Bank Burgenland AG als Mutterkreditinstitut zur Erfüllung der ICAAP Bestimmungen auf konsolidierter Ebene verpflichtet. Der Konsolidierungskreis der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft umfasst die Capital Bank inkl. Banktochtergesellschaften, die Bank Burgenland Leasing sowie die Sopron Bank als nachgelagertes Kreditinstitut im EU-Ausland.

Die Capital Bank ist ein auf das Private Banking und Investmentbanking spezialisiertes Institut, das aber auch andere, mit diesen Bereichen im Zusammenhang stehende, Geschäfte anbietet. Daneben bietet die Capital Bank eine Abwicklungsplattform für unabhängige Finanzdienstleister an. Ziel ist es,



die Erträge bei gegebener Risikoauslastung zu maximieren. Das wird durch den Grundsatz unterstrichen, dass bei jedem Bankgeschäft ein dem Risikogehalt angemessener Ertrag erwirtschaftet werden soll. Die Optimierung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Risiko und Ertrag steht im Mittelpunkt der Capital Bank. Diese verfolgt das Ziel, die sich aus dem Bankbetrieb ergebenden Risiken frühzeitig zu erkennen und durch eine wirksame Risikosteuerung aktiv zu managen und zu begrenzen. Im Mittelpunkt dieser Risikosteuerungsaktivitäten steht dabei der möglichst effiziente Einsatz des verfügbaren Kapitals unter Berücksichtigung mittel- und langfristiger strategischer Ziele und Wachstumsaussichten. Die Weiterentwicklung der Instrumentarien und Prozesse zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung sowie -steuerung zur Gewährleistung eines adäquaten Risiko-Chancen-Verhältnisses werden als nachhaltig strategische Komponenten erachtet. Die Risikoübernahme zur Ergebniserzielung stellt somit für die Capital Bank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die

Risikostrategie in der KI-Gruppe der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft ist es, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen einzugehen und die sich daraus ergebenden Ertragspotentiale zu nutzen. In diesem Sinn wird in der KI-Gruppe der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft ein Risikomanagement aufgebaut, das die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet und somit ein selektives Wachstum fördert. Das Risikomanagement stellt in der Capital Bank eine zentrale Einheit dar, welche neben den regulatorischen Rahmenbedingungen, basierend auf dem Bankwesengesetz (BWG) sowie diversen Richtlinien und Leitfäden, ebenso Art, Umfang und Komplexität der für die Bank spezifischen Geschäfte und die daraus resultierenden Risiken für die Bank berücksichtigt. Das Risikomanagement der Capital Bank ist in den Risikomanagementkreislauf der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft eingebunden.

Unter dem Begriff Risikomanagement wird ein arbeitsteiliger Prozess der Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung von verschiedenen Risiken verstanden. Grundlage für das Risikomanagement in der KI-Gruppe der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft bildet die strikte Trennung zwischen Markt- und Marktfolge. Die Risikomanagementfunktionen sind bei dem für das Risikomanagement zuständigen Vorstandsmitglied zusammengefasst. Die Tätigkeiten der Risikomanagementeinheiten erfolgen gemäß den vom

Vorstand festgelegten Leitlinien der Risikopolitik, welche die Risiko- steuerung als auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung der Risiken im Zusammenspiel mit den einzelnen Unternehmensbereichen und der unabhängigen Risikofunk- tion definieren. Entsprechend dem Grundsatz der Proportionalität entspricht die Organisation des Risikomanagements qualitativ und quantitativ den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäfts- aktivitäten, der Strategie und der Risikosituation. Das Risikomanage- ment ist auf KI-Gruppenebene angesiedelt und wird durch die Konzernmutter HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft wahrgenommen. Die Vorgaben des KI-Gruppenrisikomanagements werden durch operative Risiko- managementeinheiten in den einzelnen Töchtern umgesetzt. Die Aufgaben des Risikomanagements in der Capital Bank umfassen neben der Risikosteuerung der Markt-, strategischen Kredit- und operationellen Risiken auch die Risikoüberwachung im Private Banking sowie die Risikosteuerung der Tochterinstitute der Capital

Bank und die Gesamtbanksteuerung. Das operative Kreditrisikomanagement erfolgt in der Abteilung Kreditmanagement. Im Rahmen der Umsetzung des KI-Gruppenrisikomanagements erfolgt eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Risikomanagement der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft und der Capital Bank. In besonderer Weise wird das Risikomanagement durch die Einrichtung eigens dafür geschaffener Kreise zur Entscheidungsfindung für den Vorstand („Komitees“) berücksichtigt.

### **Grundsätze des Risikomanagements**

Die Risiken der Capital Bank werden durch ein System von Risikogrundsätzen, Risikomessverfahren, Limitstrukturen sowie Überwachungsverfahren kontrolliert und gesteuert.

Einen wesentlichen Grundsatz im Rahmen des Risikomanagementprozesses stellt die Risikopolitik dar. Die Risikopolitik ist Teil der Unternehmensstrategie und definiert die Risikobereitschaft und -orientierung der Bank sowie die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Umsetzung der operativen risikopolitischen Ziele zu erfolgen hat. Die Risikopolitik wird in der Capital Bank durch den Vorstand unter Beachtung der KI-Gruppenentwicklungen sowie -richtlinien und der Geschäftsstrategie bestimmt. Sie umfasst die geplante Entwicklung des gesamten Geschäftes nach mehreren Dimensionen, die Festlegung von Limiten für relevante

Risiken sowie die Begrenzung von Klumpenrisiken in Form von Großveranlagungsgrenzen.

Einen weiteren Bestandteil der Grundsätze des Risikomanagements stellen die risikopolitischen Grundsätze dar. KI-Gruppenweit werden folgende risikopolitische Grundsätze definiert:

- Die Geschäftsleitung und alle Mitarbeiter sind den risikopolitischen Grundsätzen verpflichtet und treffen auch ihre Entscheidungen unter Einhaltung dieser Leitlinien.
- Um eine gewünschte Risiko/Rendite-Verteilung zu erhalten, erfolgt eine Limitierung der einzelnen Geschäftsbereiche mittels Risiko- und/oder Volumenvorgaben unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Unternehmens.
- Die Methoden der Risikobewertung und Messung werden gemäß dem jeweiligen Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte ausgestaltet und eingesetzt. Es werden grundsätzlich

nicht nur Risiken des Handelsgeschäfts erfasst, sondern auch jene, die sich aus einer Gesamtbankbeurteilung ergeben. Die Flexibilität in der Methodenwahl soll sinnvolle Weiterentwicklungen ermöglichen.

- Um einen konsistenten und kohärenten Risikomanagementprozess zu gewährleisten, werden einheitliche Methoden zur Risikobeurteilung und Limitierung eingesetzt.
- Im Rahmen der Risikosteuerung ist ein geeignetes Limitsystem einzusetzen und laufend zu überwachen. Aus den Gesamtbanklimiten sind Limitsysteme sowohl für die einzelnen Teilrisiken als auch für die einzelnen Töchter abzuleiten bzw. zu definieren. Die festgelegten Risikolimits basieren auf dem Risikodeckungspotential. Das gesamte Risikodeckungspotential wird für die gemessenen Risiken nicht ausgenutzt, womit eine Reserve für außergewöhnliche Szenarien und nicht gemessene Risiken vorbehalten wird.
- Risikosteuerungs- und Controllingprozesse entsprechen den aktuellen gesetzlichen Anforderungen und werden an sich ändernde Bedingungen angepasst. Zudem werden die Risikosteuerungsgrößen in ein System zur Gesamtbanksteuerung eingebracht.
- Bei den wesentlichen, gegebenenfalls existenzgefährdenden Risikoarten wird ein Risikomanagement auf dem Niveau angestrebt, welches zumin-

dest jenen strukturell und  
größenmäßig vergleichbaren  
Instituten entspricht („Best-  
Practice-Grundsatz“).

- Das Risikomanagement wird auf  
KI-Gruppenebene wahrgenom-  
men. Ergänzend dazu ist jeder Mit-  
arbeiter angehalten, Risikopotenti-  
ale zu erkennen und entsprechende  
Maßnahmen einzuleiten.
- Die Organisation des Risikoma-  
nagements unterliegt dem Grund-  
satz der Funktionstrennung zwi-  
schen Markt und Marktfolge und  
hat die Vermeidung von Interes-  
senkonflikten auf allen Entschei-  
dungsebenen zu gewährleisten.
- Für die laufende Risikosteuerung  
sind dem Vorstand bzw. den ent-  
scheidenden Gremien KI-Grup-  
pen- sowie auf Einzelinstitutse-  
bene regelmäßig Berichte über die  
Risikosituation vorzulegen. Für die  
Risikodokumentation und -be-  
richterstattung sind die jeweiligen  
Organisationseinheiten verant-  
wortlich.

Ein weiterer wesentlicher Grund-  
satz stellt im Risikomanagement

der im Zusammenhang mit der Einführung neuer Produkte oder dem Eintritt in neue Märkte stehende Produktgenehmigungsprozess dar. Die Capital Bank engagiert sich grundsätzlich in jenen Geschäftsfeldern, in denen Fachwissen sowie Experten vorhanden sind und in denen sie über eine entsprechende Überwachung bzw. Möglichkeit zur Beurteilung der spezifischen Risiken verfügt. Bei der Aufnahme neuer Geschäftsfelder oder neuer Produkte stellt aus diesem Grund eine adäquate Analyse der geschäftsspezifischen Risiken eine wesentliche Voraussetzung dar. Zu diesem Zweck ist in der Capital Bank ein Produktgenehmigungsprozess definiert, welcher das ablauforganisatorische Regelwerk definiert und die Vorgehensweise bei Emissionen oder Investition in neue Produkte, dem Aufnehmen oder Eintreten in neue Märkte und Geschäftsbereiche bestimmt und als Entscheidungsgrundlage die wesentlichen Chancen und Risiken identifiziert.

### **Risikosteuerung**

Um eine koordinierte und umfassende Risikosteuerung sicherzustellen, werden eine Gesamtbankrisikostategie definiert, ein Gesamtbankrisikohandbuch sowie Dienst- und Arbeitsanweisungen als Dokumentationsgrundlage verwendet und Risikolimiten festgelegt.

Die Gesamtbankrisikostategie definiert einerseits allgemeine Grundsätze des Risikomanagements



(Prinzipien, Risikosteuerungsprozess, Organisation etc.) und andererseits Risikostrategien je Risikokategorie. Die Zielsetzung des Risikohandbuches ist es, den gesetzlichen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen zum Thema Risikomanagement gerecht zu werden. Es unterstützt bei der systematischen Auseinandersetzung mit Risiken und ermöglicht den Mitarbeitern und dem Management eine systematische Beschäftigung mit den einzelnen Bestandteilen des Risikomanagements. Dienst- und Arbeitsanweisungen verfolgen ebenso wie das Risikohandbuch die Zielsetzung den Mitarbeitern spezielle Risikothemen und deren Regelungen näher zu bringen. Im Gegensatz zum Risikohandbuch weisen sie einen hohen Detaillierungsgrad auf und sind meist auf spezielle Einzelthemen beschränkt. Die Definition der Risikolimits erfolgt mind. ein Mal jährlich auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung. Die Einhaltung der Risikolimits wird laufend überwacht und regelmäßig an das Management berichtet. Bei Erreichen der Frühwarnstufe bzw. bei Überschreiten

eines Limits sind in Kooperation mit dem Vorstand und dem jeweiligen Bereichsleiter entsprechend dem jeweiligen Risiko Maßnahmen zur Begrenzung zu beschließen.

Das zentrale Instrument der Risikosteuerung der Capital Bank Gruppe ist die Risikotragfähigkeitsrechnung. In dieser werden die Risikokennzahlen aus den einzelnen Risikoarten zu einem gesamten Verlustpotential aus Risikoübernahmen aggregiert und in einem Prozess den zur Deckung dieser potenziellen Verluste zur Verfügung stehenden Deckungsmassen (Ertragskraft, Reserven und Eigenkapital) gegenübergestellt. Das Ziel dieses Vergleichs ist es festzustellen, inwieweit die Bank in der Lage ist, potenzielle unerwartete Verluste zu verkraften (Risikotragfähigkeitskalkül). Dem Risikotragfähigkeitskalkül folgend ist es das Ziel, die Sicherung des Weiterbestandes des Kreditinstitutes zu gewährleisten. Der Vorstand beschließt die Gesamtrisikostategie, welche die Allokation des Risikodeckungspotentials auf die einzelnen Risikokategorien enthält. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit wirkt in der KI-Gruppe als Begrenzung für alle Risikoaktivitäten. Die Berechnung der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt quartalsweise auf KI-Gruppenebene sowie auf Einzelbasis für die Kreditinstitute HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft, Sopron Bank, Capital Bank Gruppe sowie für die Capital Bank und die Brüll Kallmus Bank AG. Darüber hinaus erfolgt eine ständige Beobachtung der Risikopositionen, um bei

auf tretenden Abweichungen ad hoc risikominimierende Schritte setzen zu können.

Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt durch zwei Methoden: Die Gone-Concern Sichtweise, welche den Schutz der Gläubiger in den Mittelpunkt stellt, und die Going-Concern-Sichtweise, welche als Risikotragfähigkeit den reibungslosen Fortbetrieb der Bankgeschäfte definiert.

Das von der KI-Gruppe für das Eingehen von Risiken zur Verfügung stehende Kapital sind die Eigenmittel, welche sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital zusammensetzen. Zusätzlich wird für die Ermittlung der Risikodeckungspotentials in der Going-Concern-Sichtweise der erwartete Gewinn für das laufende Jahr berücksichtigt. Die Methodik zur Berechnung der Risiken unterscheidet sich je Risikokategorie und der gewählten Betrachtungsweise, wobei neben dem Kreditrisiko (inkl. Berücksichtigung von Risiken aus Fremdwährungskrediten und Länderrisiken) auch die

Marktrisiken des Bank- und Handelsbuches (inkl. Credit Spread Risiken), das Operationelle Risiko, das Liquiditätsrisiko, die Beteiligungs- und Sonstigen Risiken sowie die Risiken aus den Kapitalgarantien und das makroökonomische Risiko berücksichtigt werden. Zur Ermittlung des Gesamtrisikos werden die einzelnen Risikoarten ohne Berücksichtigung von Korrelationseffekten aggregiert.

Dem zwingenden Abstimmungsprozess zwischen quantifiziertem Risikopotential und vorhandenen Risikodeckungspotentialen der Bank wurde während dem Berichtsjahr 2014 ständig Rechnung getragen. Um die Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden zusätzlich für bestimmte Risikokategorien Stressszenarien durchgeführt.

## **Risikomanagement spezieller Risikoarten**

Im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung wird in der Capital Bank Gruppe das Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiko sowie das Operationelle und die Gruppe der Sonstigen Risiken unterschieden. Aufgrund der Spezialisierung in den Geschäftsbereichen Private und Investmentbanking ergeben sich wesentliche Risiken vor allem im Bereich der Operationellen- und Rechtsrisiken sowie der Marktrisiken, welche im Rahmen des Überwachungs- und Steuerungsprozesses besondere Bedeutung finden.

### **Marktrisiko**

Marktrisiken bezeichnen potentielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund der Wechselkurse (Währungsrisiken), der Aktienkurse, Indizes und Fondspreise (Aktienrisiko), der Kreditspreads (Spreadrisiko) sowie der Volatilitäten (Volatilitätsrisiken) entstehen können. Diese das Marktrisiko

behafteten Risikopositionen entstehen entweder durch Kundengeschäfte oder durch die bewusste Übernahme von Positionen in den Eigenbestand der Bank. Als wesentlichste Risikofaktoren im Bereich der Marktrisiken sind das Zinsänderungsrisiko, das Wechselkursrisiko, das Kursrisiko nicht fest verzinslicher Wertpapiere und durch Credit Spreads bedingte Kursrisiken bei verzinslichen Wertpapieren zu nennen.

Das Management der Marktrisiken erfolgt im Konzern-Treasury, im Aktiv-Passiv-Komitee (APK), im Kapitalmarktausschuss (KMA) und durch das Risikomanagement, welche für die Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Marktrisiken im Handels- und Bankbuch verantwortlich ist. Die Organisation der Treasurygeschäfte ist durch die Trennung von Markt und Marktfolge gekennzeichnet. Marktrisiken können nur im Rahmen von bestehenden Limiten und nur in genehmigten Produkten eingegangen werden. Die Limite werden unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit sowie der KI-Gruppenlimite jährlich von Vorstand und Aufsichtsrat festgelegt. Ein gewünschter Grad der Diversifizierung in den Portfolien und die Strategie des Handels sind wichtige Einflussgrößen für die Entwicklung der Limitstruktur. Neben Volumens- und Positionslimiten werden auch Länderlimite bei der Limitvergabe berücksichtigt.

Die Capital Bank führt gem. BWG ein „großes Handelsbuch“. Für die Ermittlung der erforderlichen

Eigenmittel des Handelsbuches wendet die Capital Bank den Standardansatz nach § 220 Abs 2 BWG an.

Eigenveranlagungen dürfen nur im Rahmen definierter Limite eingegangen werden. Die Überwachung dieser Limite erfolgt laufend im Rahmen der Risikomanagement-Richtlinien für Veranlagungen im Treasurybereich. Durch währungskonforme Refinanzierung sowie durch die Nutzung von FX-Derivaten werden Fremdwährungsrisiken in der Capital Bank Gruppe de facto eliminiert. Werden in geringem Maße Fremdwährungspositionen offen gelassen, so gelten für diese Positionen enge Limite.

Einen besonderen Schwerpunkt im Rahmen des Marktrisikos für die Capital Bank stellen die mit dem Wertpapiergeschäft im Zusammenhang stehenden gegebenen Garantien dar. Die Capital Bank hat für bestimmte Produkte, die von der Capital Bank selbst gestaltet als auch vertrieben werden, sowie für Produkte, die von Versicherungen vertrieben werden, Kapitalgarantien

abgegeben. Ein besonderer Stellenwert kommt im Rahmen der Kapitalgarantien der „Prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge“ (PZV) zu, da die Capital Bank im Rahmen des Veranlagungsproduktes PZV die Kapitalgarantie nach den gesetzlichen Vorgaben (§108 Abs 1 Zi 3 EStG) übernommen hat. Im Rahmen dieser Kapitalgarantie garantiert die Bank, dass dem Kunden zumindest die eingezahlten Beträge zuzüglich der staatlichen Förderung ausbezahlt werden. Im Risikomanagement wird das Risiko aus der PZV verstärkt beobachtet. So erfolgte bereits vor Übernahme der Kapitalgarantie ein Genehmigungsprozess, in dem sowohl im Haus selbst als auch mit Drittparteien der Produktablauf genau erläutert und verschiedene Problematiken diskutiert und Lösungswege erarbeitet wurden. Im Rahmen des Kapitalgarantiemanagements der Capital Bank erfolgen einerseits eine Überwachung der Entwicklung der Garantien und der Performance, sowie der Veranlagungskriterien der zugrundeliegenden Fonds. Andererseits werden auch regelmäßige Stresstests für die Kapitalgarantien durchgeführt, um Auswirkungen von Marktentwicklungen auf eine eventuell dadurch entstehende Garantieleistung aufzuzeigen. Des Weiteren finden regelmäßig Garantiesitzungen statt, in denen wesentliche Veränderungen betreffend den Kapitalgarantiebeständen und den zugrundeliegenden Fonds gemeinsam mit der Security KAG und der Grazer Wechselseitigen Versicherung AG diskutiert werden.



Zum Bilanzstichtag sind Garantien mit einer Gesamtgarantiesumme von rund 291,7 Mio EUR ausstehend. Den Garantien stehen entsprechende werthaltige Positionen gegenüber.

Unter Zinsänderungsrisiko wird in der Capital Bank das Risiko der Kursschwankungen verzinslicher Wertpapiere definiert, welche sich aus Veränderungen der Kapitalmarktzinsen ergeben. Das Management des Zinsänderungsrisikos erfolgt KI-gruppenweit im Konzern-Treasury und im Aktiv-Passiv-Komitee, welches unter Berücksichtigung von Risiken die Zinsstruktur steuert. Auf Basis der OeNB-Zinsrisikostatistik kann die Aussage getroffen werden, dass das Zinsrisiko, verglichen mit der aufsichtsrechtlichen Grenze von 20 % der anrechenbaren Eigenmittel auf einem geringen Niveau liegt. Es zeigt sich zudem dass das Zinsänderungsrisiko in der Capital Bank Gruppe aufgrund der derzeitigen Geschäftsstrategie einen geringen Anteil am Gesamtbankrisiko aufweist.

## **Operationelles Risiko**

In der Capital Bank Gruppe wird das operationelle Risiko analog zu den bankgesetzlichen Vorschriften als das „Risiko von unerwarteten Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten“ definiert. So sollen z.B. Ausfälle in IT-Systemen, Sachschäden, Fehlverarbeitungen, Betrugsfälle, Natur- oder sonstige Katastrophen sowie Änderungen im externen Umfeld einer genaueren und vor allem konsolidierten Risikomessung und -steuerung unterliegen.

Für die genaue Identifikation und Analyse von operationellen Risiken ist eine ursachenorientierte Kategorisierung der Risiken notwendig. Risikokategorien dienen der Analyse von Höhe, Ursache und Auswirkungen der aufgetretenen operationellen Ereignisse. Die Erhebung der Risikopotenziale erfolgt zudem unterstützend durch Self-Assessments. Laufend werden Schadensfälle in einer eigenen Datenbank erfasst. Zusätzliche Risikohinweise können sich zudem aus verschiedenen Risikoindikatoren, wie Anzahl und Dauer von Systemausfällen, Feststellungen der Internen Revision (Prozessrisiken) oder Häufigkeit von Reklamationen und Beschwerden ergeben. Primäres Thema der Risikosteuerung ist die Klärung der Frage, ob und wie ein bestehendes Risiko vermindert werden kann. Die Risikosteuerung hat deshalb die Aufgabe, Lösungswege und

Maßnahmen zu suchen. Dies erfolgt durch den risikoverantwortlichen Fachbereich, in aller Regel in Zusammenarbeit mit der Internen Revision und der Organisation.

Das Management der operationellen Risiken fällt in der Capital Bank Gruppe unter die Verantwortung des Risikomanagements. Die Aufgaben liegen in der Kategorisierung der Risiken, der Erstellung KI-Gruppenweiter einheitlicher Richtlinien und der Verantwortung für die Inhalte der OpRisk-Datenbank, der Analyse der Verlustereignisse sowie der Erstellung von Berichten für Geschäftsleitung und diverse Gremien. Aufbauend auf den KI-Gruppenweiten-Standards werden Schadensfälle aus operationellen Risiken in einer Datenbank KI-gruppenweit gesammelt, um somit auf deren Basis Schwachstellen in den Systemen und Prozessen zu entdecken und in weiterer Folge entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Zur Minderung des operationellen Risikos werden in der Capital Bank Gruppe zudem interne Kon-

trollsysteme inkl. der Internen Revision, klare und dokumentierte interne Richtlinien („Arbeitsanweisungen“), Funktionstrennung („Vier-Augen-Prinzip“), Zuordnung und Limitierung von Entscheidungskompetenzen sowie eine laufende Qualifikationssicherung und -erhöhung der Mitarbeiter durch Aus- und Weiterbildung („Personalentwicklung“) eingesetzt. Diese in den Geschäftsprozessen integrierten internen Kontroll- und Steuerungsmaßnahmen sollen einen angemessenen und akzeptierten Risikolevel im Unternehmen sicherstellen.

Im Rahmen des operationellen Risikos wird in der Capital Bank ein besonders Augenmerk auf das Beratungsrisiko gelegt, welches ein spezielles Risiko im Geschäftsbereich des Private Banking darstellt. Zur Steuerung dieses Risikos wurden besondere Risikomanagementverfahren entwickelt, welche seit einigen Jahren im Private Banking eingesetzt und im Laufe der Zeit verfeinert und weiterentwickelt wurden. Im Mittelpunkt dieses Konzeptes steht die frühzeitige Erkennung von möglichen Fehlberatungen und -entwicklungen und damit verbundenen Beratungs- und Reputationsrisiken. Im Rahmen dieser Risikomanagementtätigkeiten finden auch tourliche Sitzungen mit den Marktbereichen und dem Vorstand statt.

Für die Eigenkapitalunterlegung des operationellen Risikos gem. BASEL III wendet die Capital Bank den Basisindikatoransatz an.

## **Kreditrisiko**

Unter Kreditrisiko werden in der Capital Bank Ausfallsrisiken definiert, die aus nicht verbrieften Forderungen und verbrieften Forderungen (Wertpapiere) gegen Dritte entstehen. Das Risiko besteht darin, dass diese Forderungen gegenüber der Capital Bank nicht voll oder nicht termingerecht erfüllt werden können. Dies kann sowohl aus Entwicklungen bei einzelnen Vertragspartnern als auch aus allgemeinen Entwicklungen resultieren, die eine Vielzahl von Vertragspartnern betreffen. Ebenso können Kreditrisiken auch aus besonderen Formen der Produktgestaltung oder des Geschäftsfeldes resultieren. Die Verantwortung für die kompetente Handhabung sämtlicher Kreditrisiken obliegt dem Kreditmanagement, welche operativ den aktivseitigen Bankbetrieb durch die richtliniengemäße Risiko- und Bonitätsprüfung aller Finanzierungsanträge und deren Richtigkeit unterstützt sowie die Überprüfung der Einhaltung der Bewertungsrichtlinien sowie das Erkennen von Frühwarnindikatoren

durchführt. Die Identifikation, Messung, Zusammenfassung, Planung und Steuerung sowie Überwachung des gesamten Kreditrisikoportfolios obliegt dem Risikomanagement. Das gesamte Kreditexposure (Kundenforderungen inkl. Wertpapiere) sowie die Verteilung des Risikovolumens nach Währungen, Risikokategorien und Ländern wird dem Vorstand regelmäßig berichtet. Zusätzlich wurden für die in der Capital Bank vorherrschenden Lombardkredite Stressszenarien definiert, um Änderungen von Marktpreisen in den als Sicherheit gegebenen Wertpapieren aufzuzeigen und um deren Auswirkung auf die Besicherung darzustellen. Darüber hinaus werden Konzentrationen in den als Sicherheit dienenden Wertpapieren laufend analysiert um daraus resultierende Klumpen- und Konzentrationsrisiken aufzuzeigen. Weiters erfolgt die Einbindung der Kreditrisikodaten der Capital Bank Gruppe in die KI-Gruppenkreditrisikobetrachtung bzw. -analyse

Das Kreditvolumen (vor EWB und § 57 Reserve) stieg im Geschäftsjahr 2014 zum Vergleichszeitraum 2013 um rd. € 44 Mio. auf rd. € 235 Mio.

Die Risikosteuerung im Kreditbereich erfolgt in der Capital Bank Gruppe nach den im Kreditrisikohandbuch festgelegten und vom Vorstand beschlossenen Grundsätzen. Diese Richtlinien entsprechen den von der FMA ausgegebenen Mindeststandards für das Kreditgeschäft und werden bei Änderungen im Geschäftsfeld oder im juristischen Umfeld adaptiert. Zur Steuerung von Länderrisiken werden Länder-

limite sowohl auf KI-Gruppen als auch auf Einzelinstitutsebene definiert. Zur Risikominimierung von Kontrahentenrisiken sind in der Capital Bank Richtlinien zur Kontrahentengenehmigung definiert. Die Aufnahme neuer Handelspartner obliegt dabei dem Risikomanagement, welches nach internen Kriterien die Handelspartner prüft und genehmigt.

Zu den Grundsätzen des Kreditgeschäfts in der Capital Bank Gruppe gehört eine klare Kredit- und damit verbundene Risikopolitik. Als Sicherheiten dienen in der Capital Bank im Wesentlichen Wertpapiere, deren Belehnsätze nach verschiedenen Kriterien differenziert werden und welche neben der Betrachtung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers in die Kreditentscheidung miteinbezogen werden. Zur Einteilung der Kunden in verschiedene Risikokategorien bzw. -klassen, bedient sich die Capital Bank Gruppe eines 10-stufigen Systems.

## **Liquiditätsrisiko**

Unter Liquiditätsrisiko werden das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Liquiditäts-Fristentransformationsrisiko zusammengefasst. Durch die Steuerung des Liquiditätsrisikos soll sichergestellt werden, dass die Bank ihre Zahlungen jederzeit zeitgerecht erfüllen kann, ohne dabei unannehmbar hohe Kosten in Kauf nehmen zu müssen.

Die Konzern-Treasury-Funktion samt Cash-Pooling für die gesamte Bankengruppe wird vom Bereich Konzern-Treasury der HYPO-Bank Burgenland AG wahrgenommen. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt zentral für die gesamte Bankengruppe im regelmäßig stattfindenden Aktiv-Passiv-Komitee (APK).

Gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen gilt die Liquidität eines Institutes als gesichert, wenn die gewichteten Zahlungsmittel die während eines Zeitraumes abrufbaren gewichteten Zahlungsverpflichtungen abdecken. Im Berichtsjahr 2014 lag die Capital Bank jederzeit über den aufsichtsrechtlich geforderten Kennzahlen. Die Vorsorge für einen unvorhersehbaren, erhöhten Liquiditätsbedarf bzw. eine kurzfristige Liquiditätsbeschaffung ist durch folgende Optionen gewährleistet: Außer der Ausnutzung von offenen Refinanzierungslinien bei anderen Banken kann ein eventuell zusätzlicher Liquiditätsbedarf (relativ) kurzfristig aus dem Verkauf von in den Büchern gehaltenen, nicht verpfändeten,



Wertpapieren gedeckt werden. Eine Aufstellung über die aktuelle Liquiditätssituation sowie über die zurzeit am Buch gehaltenen, jederzeit liquidierbaren Wertpapiere, erhält der Vorstand regelmäßig. Die Betrachtung des Liquidationspotentials und der Liquidationsdauer der am Buch gehaltenen Positionen erfolgt dabei für den Normalbetrieb sowie unter Berücksichtigung von Stressszenarien (durch Berücksichtigung entsprechender Haircuts). Im Rahmen der Treasurylimite ist für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses ein Portfolio mit freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, das kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Darüber hinaus wurden KI- gruppenweit Liquiditätssimulationen für die Szenarien „Normalszenario“, „Namenskrise“, „Marktkrise“ und „Kombinierte Krise“ definiert, welche regelmäßig berechnet und dem Vorstand berichtet werden. Im Jahr 2014 verfügte die Capital Bank jederzeit über ausreichend liquide Mittel.

## **Makroökonomisches Risiko**

Das makroökonomische Risiko resultiert aus gesamtwirtschaftlichen Verschlechterungen im Rahmen des klassischen Wirtschaftszyklus und damit etwaig einhergehender Risikoparametererhöhungen. Um auch nach einer solchen Periode ohne massive Eingriffe und Maßnahmen über eine ausreichende Risikodeckungsmasse zu verfügen, wird ein makroökonomisches Risiko berücksichtigt. Die Quantifizierung unterstellt einen BIP-Rückgang, der sich in einer Verschlechterung der Ausfallraten äußert. Zusätzlich verringert ein Preisschock den Wert der Sicherheiten. Mit diesen veränderten Parametern wird das Kreditrisiko erneut berechnet und die Differenz zum ursprünglichen Kreditrisiko stellt das makroökonomische Risiko dar.

## **Sonstige Risiken**

Unter sonstige Risiken fallen insbesondere Geschäftsrisiken sowie strategische Risiken aber auch Reputationsrisiken. Diese Risiken werden in Form eines Kapitalpuffers in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Als Geschäftsrisiken werden die Gefahren eines Verlustes aus der negativen Entwicklung des wirtschaftlichen Umfeldes und der Geschäftsbeziehung der Bank angesehen. Geschäftsrisiken können vor allem aus einer deutlichen Verschlechterung der Marktbe-

dingungen sowie Veränderungen in der Wettbewerbsposition oder dem Kundenverhalten hervorgerufen werden. In der Folge können sich nachhaltige Ergebnisrückgänge und damit eine Verringerung des Unternehmenswertes einstellen. Die Steuerung der Geschäftsrisiken liegt in der Verantwortung der Geschäftseinheiten, welche insbesondere eine Steigerung der Assets Under Management und damit verbunden der Ertragskraft verfolgen. Strategische Risiken bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Bank. In der Folge kann es in Bezug auf die Erreichung der langfristigen Unternehmensziele zu unvorteilhaften Entwicklungen bis hin zu vollständigen Verfehlungen kommen. Die Verantwortung für die strategische Unternehmenssteuerung obliegt dem Gesamtvorstand der Capital Bank. Die Geschäftsentwicklung des Jahres 2014 lässt erkennen, dass sich die in den letzten Jahren entwickelte Geschäftsstrategie im Private Banking auf Basis des Modells „Transparent, Ehrlich und

Fair. So soll Private Banking sein“ bewährt hat und auch langfristig die strategische Ausrichtung der Bank forcieren wird.

### **Zusammenfassung und Ausblick**

In der Capital Bank Gruppe werden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur deren Begrenzung und Minimierung getroffen. Eine gesamtbankweite Zusammenfassung der messbaren Risiken wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse durchgeführt. Zudem werden durch ein adäquates Limitsystem und die Berechnung verschiedener Risikokennzahlen Maßnahmen zur Begrenzung von Risiken erzielt. Die Risikotragfähigkeitsrechnung zeigt, dass die Risikotragfähigkeit der Capital Bank Gruppe nur zu einem Teil durch Risiken in Anspruch genommen wird und genügend Puffer zu den verfügbaren Risikodeckungsmassen vorhanden ist.

Auch im kommenden Jahr 2015 wird die Capital Bank Gruppe ihre Geschäftstätigkeit entsprechend ihrer gewählten Risikostrategie weiterführen. Einer der Schwerpunkte in den Tätigkeiten des Risikomanagements wird in der laufenden Weiterentwicklung der Risikomethoden, der Risikosysteme und der Risikosteuerung in der KI-Gruppe der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft liegen. In der Capital Bank wird, speziell aufgrund des Geschäftsmodells, die Risikoüberwachung im Bereich Private Banking im Jahr 2015 weiterhin im Mittelpunkt der Risiko-

managementtätigkeiten stehen. Neben diesem Schwerpunkt stellen der laufende Prozess des ICAAP, die Kapitalgarantien, der Ausbau der Dokumentationsanforderungen, das Interne Kontrollsystem sowie die ständige Verbesserung von bereits bestehenden Risikomanagementtätigkeiten weitere Aufgaben des Risikomanagement für das kommende Jahr dar. Einen weiteren Schwerpunkt wird jedenfalls auch die Auseinandersetzung mit aktuellen aufsichtsrechtlichen Themen darstellen. Der Aufbau von Steuerungsinstrumenten, die Weiterbildung der Mitarbeiter sowie die kontinuierliche Verbesserung der internen Risikoquantifizierungsmethoden bilden weitere Schwerpunkte des Jahres 2015.

Graz, am 11. März 2015

Der Vorstand



Vst.-Dir.  
Christian Jauk, MBA MAS



Vst.-Dir. Mag.  
Constantin Veyder-Malberg









#### 04. ASSETS UNDER MANAGEMENT (INKL. SECURITY KAG) IN MIO. EUR

---

██████████	2003: 2.550
██████████	2004: 3.285
██████████	2005: 4.572
██████████	2006: 6.133
██████████	2007: 7.320
██████████	2008: 5.631
██████████	2009: 6.563
██████████	2010: 8.419
██████████	2011: 9.633
██████████	2012: 11.061
██████████	2013: 11.679
██████████	2014: 12.932







**Bericht des  
Aufsichts-  
rats**

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2014 aufgrund der in vier Aufsichtsrats-sitzungen vom Vorstand erstatteten Berichte und Unterlagen sowie durch wiederholte Fühlungnahme die Geschäftsführung über-wacht und deren Maßnahmen gutgeheißen.

Der Jahresabschluss 2014 und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluss erläutert, wurden von der KPMG Wirtschaftsprü-fungs- und Steuerberatungs GmbH, 1090 Wien, geprüft. Diese Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandun-gen gegeben, sodass der uneinge-schränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht mit dem Gewinnverteilungsvorschlag zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 geprüft und gebilligt, der damit gemäß § 96 Absatz 4 des Aktiengesetzes festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat spricht allen Kunden für ihr der Capital Bank entgegengebrachtes Vertrauen sowie

dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die im Jahr 2014 geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Graz, im März 2015

A handwritten signature in black ink, reading "Othmar Ederer". The script is cursive and fluid, with the first letters of the first and last names being capitalized and prominent.

Mag. Dr. Othmar Ederer  
Vorsitzender des Aufsichtsrats

**08. BILANZ DER CAPITAL BANK – GRAWE GRUPPE AG**  
**ZUM 31.12.2014**

AKTIVA	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
<b>1. Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken</b>	66.722.960,01	6.175
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind</b>		
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	21.017.083,32	20.877
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>	231.376.613,18	338.439
a) täglich fällig	216.254.172,02	
b) sonstige Forderungen	15.122.441,16	
<b>4. Forderungen an Kunden</b>	219.472.839,09	170.454
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	68.588.875,81	81.573
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	133.245.250,02	116.446
<b>7. Beteiligungen</b>	759.698,17	9
darunter: an Kreditinstituten	8.575,30	
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	23.704.105,30	23.704
darunter: an Kreditinstituten	22.900.925,13	
<b>9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens</b>	322.208,24	224
<b>10. Sachanlagen</b>	1.564.879,41	1.863
<b>11. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	165.834.805,40	160.162
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	623.845,49	586
<b>SUMME DER AKTIVA</b>	<b>933.233.163,44</b>	<b>920.513</b>
<b>Posten unter der Bilanz</b>		
<b>1. Auslandsaktiva</b>	390.540.389,78	368.788

PASSIVA	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	29.606.318,28	24.648
a) täglich fällig	13.751.171,10	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	15.855.147,18	
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	382.010.578,29	362.075
a) Spareinlagen	5.574.036,94	7.305
aa) täglich fällig	1.936.588,90	1.519
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.637.448,04	5.786
b) sonstige Verbindlichkeiten	376.436.541,35	354.770
aa) täglich fällig	364.849.266,85	302.400
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.587.274,50	52.370
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	329.952.578,01	374.020
andere verbrieftete Verbindlichkeiten	329.952.578,01	
<b>4. Sonstige Verbindlichkeiten</b>	22.042.335,26	14.233
<b>5. Rückstellungen</b>	19.475.498,97	15.188
a) Rückstellungen für Abfertigungen	4.182.343,50	3.473
b) Rückstellungen für Pensionen	287.293,57	372
c) Steuerrückstellungen	43.277,20	43
d) sonstige	14.962.584,70	11.300
<b>7. Gezeichnetes Kapital</b>	10.000.000,00	10.000
Nennbetrag	10.000.000,00	10.000
<b>8. Kapitalrücklagen</b>	55.915.661,65	55.916
a) gebundene	35.082.987,22	35.083
b) nicht gebundene	20.832.674,43	20.833
<b>9. Gewinnrücklagen</b>	48.096.218,77	48.096
a) gesetzliche Rücklage	1.504.504,45	1.505
b) andere Rücklagen	46.591.714,32	46.592
<b>10. Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG</b>	11.127.000,00	11.127
<b>11. Bilanzgewinn</b>	25.006.974,21	5.211
a) Gewinnvortrag	210.533,66	2.643
b) Jahresgewinn	24.796.440,55	2.568
<b>SUMME DER PASSIVA</b>	933.233.163,44	920.513



	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
<b>Posten unter der Bilanz</b>		
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	11.247.443,29	260.629
<b>2. Kreditrisiken</b>	24.728.921,49	34.565
<b>3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften</b>	36.001.084,43	15.288
<b>4. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</b>	134.537.646,39	-
darunter: Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013: EUR 9.644.000,00		
<b>5. Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtrisikobetrag)</b>	795.294.602,29	-
darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 Abs 1 lit a bis c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013:		
a) Harte Kernkapitalquote	15,7 %	-
b) Kernkapitalquote	15,7 %	-
c) Gesamtkapitalquote	16,9 %	-
<b>6. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 1 BWG<sup>1)</sup></b>	-	147.845
<b>7. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 BWG<sup>2)</sup></b>	-	47.603
darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 Z 1 und 4 BWG: TEUR 30.289		
<b>8. Auslandspassiva</b>	56.592.296,29	66.066

<sup>1)</sup> 31.12.2013: Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG (in der zum 31.12.2013 geltenden Fassung)

<sup>2)</sup> BWG in der zum 31.12.2013 geltenden Fassung



**09. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER CAPITAL BANK – GRAWE GRUPPE AG  
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014**

		31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
<b>1. Zinsen und ähnliche Erträge</b>		9.899.541,09	9.152
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	2.978.195,55		
<b>2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>		-1.950.198,33	-2.162
<b>I. NETTOZINSERTRAG</b>		7.949.342,76	6.991
<b>3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen</b>		9.818.236,05	5.655
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.717.034,43		1.619
b) Erträge aus Beteiligungen	1.108,70		1
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	7.100.092,92		4.001
d) Reinvermögensmehrung durch Einbringung	0,00		35
<b>4. Provisionserträge</b>		45.990.036,01	43.602
<b>5. Provisionsaufwendungen</b>		-23.429.964,56	-22.487
<b>6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften</b>		-370.278,93	147
<b>7. Sonstige betriebliche Erträge</b>		3.924.656,78	2.065
<b>II. BETRIEBSERTRÄGE</b>		43.882.028,11	35.972
<b>8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>		-22.763.291,05	-21.263
a) Personalaufwand	-14.831.053,50		-13.589
aa) Löhne und Gehälter	-11.840.301,80		-11.243
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschrie- bene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-1.957.887,02		-1.823
cc) sonstiger Sozialaufwand	-111.497,57		-128
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-228.946,60		-203
ee) Dotierung/Auflösung der Pensionsrückstellung	84.745,27		12
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiter- vorsorgekassen	-777.165,78		-204
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-7.932.237,55		-7.674
<b>9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände</b>		-672.174,97	-594
<b>10. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		-17.785,11	-15
<b>III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN</b>		-23.453.251,13	-21.871

	31.12. 2014 EUR	31.12.2013 TEUR
<b>IV. BETRIEBSERGEBNIS</b>	20.428.776,98	14.101
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-17.870.550,02	-22.617
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	26.955.379,73	16.114
13. Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	-7
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	37.384,29	71
<b>V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>	29.550.990,98	7.661
15. Steuern vom Einkommen	-4.748.730,68	-1.588
16. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15 auszuweisen	-5.819,75	-5
<b>VI. JAHRESÜBERSCHUSS</b>	24.796.440,55	6.068
17. Rücklagenbewegung	0,00	-3.500
<b>VII. JAHRESGEWINN</b>	24.796.440,55	2.568
18. Gewinnvortrag	210.533,66	2.643
<b>VIII. BILANZGEWINN</b>	25.006.974,21	5.211

## 10. EIGENMITTEL UND EIGENMITTELERFORDERNIS IN TEUR

	CAPITAL BANK - GRAWE GRUPPE AG		
	2014	2013	2012
<b>Kernkapital (Tier 1)</b>	124.874	124.915	121.406
Eingezahltes Kapital	10.000	10.000	10.000
Kapitalrücklage	55.916	55.916	55.916
Gewinnrücklage	48.096	48.096	44.596
Einbehaltene Gewinne	57	0	
Hafrücklage	11.127	11.127	11.127
Konsolidierung gem. § 24 Abs 2 BWG	0	0	0
Immaterielle Anlagewerte	-322	-224	-233
<b>Ergänzende Elemente (Tier 2)</b>	9.664	22.930	16.930
Stille Reserven gem. § 57 Abs 1 BWG	9.664	22.930	16.930
Neubewertungsreserve	0	0	0
<b>Abzugsposten</b>	0	0	0
<b>Anrechenbare Eigenmittel</b>	134.538	147.845	138.336
<b>Eigenmittelanforderungen für</b>			
Kreditrisiko	27.240	25.023	22.971
Handelsbuch	22.826	14.388	24.987
Operationelles Risiko	5.736	5.266	5.039
Zusätzliche Eigenmittelanforderungen Großkredite gemäß 397 CRR	7.822	2.926	0
	63.624	47.603	52.997
<b>Gesamtrisikobetrag</b>		-	-
Risikobetrag für		-	-
Kreditrisiko	340.495	-	-
Handelsbuch	285.329	-	-
Operationelles Risiko	71.695	-	-
Zusätzliche Eigenmittelanforderungen Großkredite gemäß 397 CRR	97.776	-	-
<b>Gesamtrisikobetrag</b>	795.295	-	-
<b>Gesamtkapitalquote</b>	16,9%	-	-
<b>Kernkapitalquote</b>	15,7%	-	-
<b>Harte Kernkapitalquote</b>	15,7%	-	-



## 11. ANLAGESPIEGEL DER CAPITAL BANK PER 31.12.2014

in EUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten		
	Stand am 01.01.2014	Zugänge	Abgänge
Schuldtitle öffentlicher Stellen	17.880.617,50	498.285,00	0,00
Forderungen an Kreditinstitute (Wertpapiere)	0,00	990.215,00	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27.694.035,91	993.680,00	5.339.212,16
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	14.023.486,27	0,00	0,00
Beteiligungen	9.334,89	750.815,79	436,04
Anteile an verbundenen Unternehmen	24.004.105,30	0,00	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.058.208,78	192.859,10	0,00
Sachanlagevermögen	7.241.942,53	240.526,40	33.072,57
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	38.891,84	38.891,84
<b>GESAMTANLAGEVERMÖGEN</b>	<b>91.911.731,18</b>	<b>3.705.273,13</b>	<b>5.411.612,61</b>

	<b>Abschreibung</b>	<b>Buchwert</b>	<b>Buchwert</b>	<b>Zuschreibung</b>	<b>Abschreibung</b>
<b>Stand am</b>	<b>kumuliert</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>2014</b>	<b>2014</b>
<b>31.12.2014</b>					
18.378.902,50	65.146,40	18.313.756,10	17.828.886,61	0,00	13.415,51
990.215,00	0,00	990.215,00	0,00	0,00	0,00
23.348.503,75	576.818,14	22.771.685,61	27.092.020,60	0,00	78.832,17
14.023.486,27	125.541,84	13.897.944,43	13.420.634,35	477.310,08	0,00
759.714,64	16,47	759.698,17	9.318,42	0,00	0,00
24.004.105,30	300.000,00	23.704.105,30	23.704.105,30	0,00	0,00
1.251.067,88	928.859,64	322.208,24	223.721,14	0,00	94.372,00
7.449.396,36	5.884.516,95	1.564.879,41	1.863.379,95	0,00	538.911,13
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38.891,84
90.205.391,70	7.880.899,44	82.324.492,26	84.142.066,37	477.310,08	764.422,65



## **A. ALLGEMEINES**

Die Capital Bank (im Folgenden kurz Capital Bank) ist der Partner für alle Teilnehmer am Kapitalmarkt: vom privaten Monatssparer über das mittelständische Unternehmen bis zum institutionellen Anleger. Das Angebot umfasst sowohl die Vermögensanlage als auch die Kapitalbeschaffung.

Die Capital Bank ist eine Tochter der als übergeordnetes Kreditinstitut fungierenden HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft. Unter der Capital Bank sind als wesentliche Töchter die Beteiligungen an der Brüll Kallmus Bank AG und der Security Kapitalanlage Aktiengesellschaft zu erwähnen.

Das Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen aufstellt, ist die Grazer Wechselseitige Versicherung Aktiengesellschaft, Graz. Die Offenlegung des Konzernabschlusses erfolgt am Sitz der Muttergesellschaft. Das Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss für den Banken-Kreis von Unternehmen

aufstellt, ist die HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft, Eisenstadt. Der Konzernabschluss der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft ist beim Landesgericht Eisenstadt hinterlegt.

Die angegebenen Vergleichszahlen stammen aus dem Jahresabschluss 2013 und wurden in Klammern gesetzt. Der Jahresabschluss der Capital Bank wurde nach den Vorschriften des Bankwesengesetzes in der geltenden Fassung sowie auch – soweit anwendbar – nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte entsprechend den in der Anlage 2 zu § 43 BWG enthaltenen Formblättern.

## **B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN**

Die Jahresabschlüsse der Capital Bank und der Tochtergesellschaften wurden nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, aufgestellt. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei den Vermögensgegenständen und Schulden kam der Grundsatz der Einzelbewertung zur Anwendung. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste, die im Geschäftsjahr 2014 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden berücksichtigt. Die bisher angewandten Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Dem *Vorsichtsprinzip* wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden, alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Für die Bewertung der *Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten* wurden die am 31. Dezember 2014 veröffentlichten Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (Mittelkurse) herangezogen.

Devisentermingeschäfte werden mit dem Terminkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Die *Wertpapiere* wurden zu den Anschaffungskosten oder niedrigeren Marktwerten bewertet (strenges Niederstwertprinzip), unabhängig davon, ob sie dem Anlage- oder Umlaufvermögen angehören. Die Wertpapiere des Handelsbestandes wurden zu Marktwerten bewertet. Das Kriterium für die Zugehörigkeit zum Anlagevermögen war die nachhaltige Erzielung von Erträgen bzw. das Vorhandensein von Verfügungsbeschränkungen. Der Ausweis der Shortbestände aufgrund von abwicklungstechnischen Gründen an Wertpapieren erfolgt unter dem Bilanzposten Sonstige Verbindlichkeiten. Von der Möglichkeit der zeitanteiligen Abschreibung gemäß § 56 (2) BWG wird Gebrauch gemacht.

Die *Forderungen an Kreditinstitute und Kunden* wurden grundsätzlich mit Nennwerten bewertet. Allen im Kreditgeschäft erkennbaren Risiken wurde durch Bildung von angemessenen Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus haben Kunden Risiken mit Derivaten abgesichert, die mit der Capital Bank abgeschlossen wurden. Seitens der Bank wurden zu diesen Absicherungsgeschäften gegengleiche Geschäfte mit Partnerbanken

abgeschlossen, die zusammen eine Bewertungseinheit darstellen.

Die *Beteiligungen* und *Anteile an verbundenen Unternehmen* wurden zu Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung gegebenenfalls mit ihrem niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Die *Gebäude* sowie die *Betriebs- und Geschäftsausstattung* wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßige Abschreibung bewertet. Die planmäßige Abschreibung wurde linear vorgenommen. Die geringwertigen Vermögensgegenstände wurden im Jahr der Anschaffung zur Gänze abgeschrieben.

Die Abschreibungssätze betragen bei den unbeweglichen Anlagen 6,66 % bis 10 % p. a., bei den beweglichen Anlagen 5 % bis 33,3 % p. a. Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wurde die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Die *immateriellen Vermögensgegenstände* des Anlagevermögens beinhalten ausschließlich angeschaffte Software. Die Abschreibung erfolgte linear mit Abschreibungssätzen von 20 % bzw. 33,3 % p. a.

Die *verbrieften Verbindlichkeiten* enthalten Posten, deren Rückzahlungsbetrag vom Kurswert definierter Basisinvestments abhängt. In Anlehnung an die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten wurden Bewertungseinheiten zwischen Basisinvestments und verbrieften Verbindlichkeiten gebildet, wenn die dokumentierte Absicherungsabsicht vorlag und die materiellen und formellen Bedingungen erfüllt waren. Sämtliche Risiken aus den Basisinvestments wurden über die Berechnungen des Rückzahlungsbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten berücksichtigt und somit abgesichert. Die Messung der Effektivität der Sicherungsbeziehung erfolgt mittels der Dollar-Offset-Methode. Die Bildung von Bewertungseinheiten hat zur Folge, dass die in verschiedenen Posten ausgewiesenen Aktiva und Derivate so wie die verbrieften Verbindlichkeiten, mit denen sie Bewertungseinheiten bilden, mit ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert werden. Die verbrieften Verbindlichkeiten sind teilweise mit einer Kapitalgarantie ausgestattet.

Die restlichen *Verbindlichkeiten* wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Bei der Bemessung der *Rückstellungen* wurden den gesetzlichen Erfordernissen entsprechend alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste und der Höhe nach noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Die Berechnung der *Rückstellung für Abfertigungsverpflichtungen* erfolgte nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der AVÖ 2008 – P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung Pagler & Pagler. Die Bewertung der Ansprüche erfolgte nach der Projected Unit Credit Method. Weiters wurde den Berechnungen ein Pensionseintrittsalter von 65 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen zugrunde gelegt. Als langfristiger Kapitalmarktzins wurden 2,2 % (im Vorjahr: 3,2 %) angesetzt. Der Gehaltstrend wurde mit 3,0 % (im Vorjahr: 3,0 %) angesetzt.

Die *Berechnung der Rückstellung für Pensionszusagen* erfolgte ebenso nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der AVÖ

2008 – P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung Pagler & Pagler. Für die Bewertung der Ansprüche wurde die Projected Unit Credit Method herangezogen. Der Kreis der Berechtigten umfasst ausschließlich Pensionsempfänger. Der Berechnung wurde ein langfristiger Kapitalmarktzins von 1,9 % (im Vorjahr: 3,0 %) unterstellt.

Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste bei langfristigen Personalrückstellungen werden in der Periode ihres Entstehens erfolgswirksam bilanziert. Alle Veränderungen werden im Personalaufwand gebucht. Bei der Berechnung der langfristigen Personalrückstellungen wurde kein Fluktuationsabschlag berücksichtigt.

Vom Wahlrecht des § 57 Abs. 1 BWG wurde im Jahresabschluss 2014 wie schon im Vorjahr Gebrauch gemacht.

Die Bilanzierung von *Derivaten* erfolgt prinzipiell nach dem Grundsatz der Einzelbewertung. Liegt bei Bankbuch-Derivaten eine dokumentierte Absicht über die Absicherung eines Grundgeschäftes (Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten sowie schwebende Geschäfte) vor und sind die materiellen und formellen Bedingungen erfüllt, werden Bewertungseinheiten gebildet.

Als Grundgeschäfte zur Absicherung werden Kundengeschäfte und Wertpapierpositionen des Eigenbestandes herangezogen. Die Absicherung



der Geschäfte erfolgt auf Basis der Einzelgeschäfte (Micro-Hedgebeziehungen). Die zu besichernden Risiken betreffen das Zinsrisiko sowie das Währungsrisiko. Die Steuerung erfolgt vor allem mit Hilfe von Swaps und Devisentermingeschäften. Der Absicherungszeitraum ist im Wesentlichen identisch mit der Laufzeit des Grundgeschäftes.

Die Messung der Effektivität erfolgt fast ausschließlich vereinfachend (Critical Term Match), da bei den verwendeten Sicherungsbeziehungen alle Parameter des Grundgeschäftes und des Absicherungsgeschäftes (vor allem Laufzeit, Nominale und Verzinsung), die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderungen bestimmen, identisch, aber gegenläufig sind. Dies wird als ein Indikator für eine vollständig effektive Sicherungsbeziehung angesehen. Für die restlichen Sicherungsbeziehungen wird die Effektivität mittels der Dollar-Offset-Methode ermittelt.

Bis 31.12.2013 wurden Kapitalgarantien in den Eventualverbindlichkei-

ten ausgewiesen. Seit 2014 erfolgt die Bilanzierung analog zum Konzernabschluss als Derivat. Die Änderung hat keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

## **C. ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS**

### **Anlagevermögen**

Die Aufgliederung des Anlagevermögens und seine Entwicklung im Berichtsjahr sind im Anlagenspiegel angeführt (vgl. Anlage 1 zum Anhang). Zum Bilanzstichtag verfügt die Bank im Sachanlagevermögen wie im Vorjahr weder über bebaute noch über unbebaute Grundstücke.

### **Wertpapiere**

Der Gesamtbestand des Wertpapierportefeuilles (inkl. anteiliger Zinsen) beträgt zum Jahresende € 333,1 Mio. (im Vorjahr: € 334,9 Mio.). Hievon dient ein Volumen von € 197,7 Mio. (im Vorjahr: € 198,0 Mio. ) als Basisinvestment für verbriefte Verbindlichkeiten und Total Return Swaps, mit denen Bewertungseinheiten gebildet wurden. Basisinvestments in Höhe von € 89,7 Mio. (im Vorjahr: € 98,5 Mio.) sind zugunsten der Emissionskäufer verpfändet

und davon in Höhe von € 1,9 Mio. (im Vorjahr: € 1,9 Mio.) an einen Sicherheitentreuhänder übereignet. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von € 9,7 Mio. (im Vorjahr: € 13,3 Mio.) werden in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig.

Die Differenz aus den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert am Bilanzstichtag bei den zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapieren, die nicht die Eigenschaft von Finanzanlagen haben und mit ihren Anschaffungskosten bilanziert werden, beträgt € 1,8 Mio. (im Vorjahr: € 0,8 Mio.).

Im Anlagevermögen der Bank befinden sich zum 31. Dezember 2014 Wertpapiere mit einem Buchwert von € 56,0 Mio. (im Vorjahr: € 58,3 Mio.). Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und höherem Marktwert beträgt € 9,7 Mio. (im Vorjahr: € 6,8 Mio.). Der Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und niedrigerem Rückzahlungsbetrag bei festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt € 339 Tsd. (im Vorjahr: € 431 Tsd.).

Wertpapiere des Anlagevermögens (inkl. anteiliger Zinsen) sind in folgenden Posten enthalten:

- in A2 Schuldtitel öffentlicher Stellen € 18,7 Mio. (im Vorjahr: € 18,3 Mio.);
- in A3 Forderungen an Kreditinstitute 1,0 (im Vorjahr keine)

- in A5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere € 23,2 Mio. (im Vorjahr: € 27,6 Mio.)
- in A6 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere € 13,9 Mio. (im Vorjahr: € 13,4 Mio.).

Weiters wird auf den beiliegenden Anlagenspiegel Anlage 1 verwiesen.

Die Gesellschaft führt ein Wertpapier-Handelsbuch gem. Artikel 103 CRR. Positionen des Handelsbuches werden zu Marktpreisen bewertet. Zum 31. Dezember 2014 umfasst dieses wie im Vorjahr keine Wertpapiere.

Die Capital Bank stellt Kapitalgarantien, insbesondere im Zusammenhang mit der prämienebegünstigten Zukunftsvorsorge in Höhe von € 80,3 Mio. (im Vorjahr: € 149,3 Mio.) und der fondsgebundenen Lebensversicherung in Höhe von € 30,0 Mio. (im Vorjahr: € 95,7 Mio.) im Handelsbuch dar. Bei den Kapitalgarantien der prämienebegünstigten Zukunftsvorsorge und der fondsgebundenen Lebens-

versicherung wird im Rahmen der Kapitalgarantie Marktrisiko von der jeweiligen Vorsorgeeinrichtung an die Capital Bank übertragen. Bei den Kapitalgarantien werden die dahinterliegenden Vermögenswerte jeweils für sich zur Beurteilung eines Vorsorgebedarfs herangezogen (Stellvertreterrolle der Garantie).

Die in den Posten Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Wertpapiere setzen sich wie folgt zusammen:

in TEUR	börsennotiert	nicht börsennotiert	hiev. im Anlagever- mögen	hiev. im Umlaufver- mögen
<b>2013</b>				
Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	20.877	-	18.252	2.625
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	80.563	1.525	27.596	54.493
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	18.880	101.859	13.421	107.319
<b>2014</b>				
Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	21.017	-	18.734	2.283
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	69.615	828	23.197	47.246
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	23.799	114.419	13.898	124.320

Die Schuldverschreibungen  
beinhalten wie im Vorjahr keine  
Vermögensgegenstände nachrangiger  
Art.

Infolge der Krise in Griechenland  
wurden die Entwicklungen in  
den Euro-Peripherie Ländern mit  
besonderem Augenmerk beobachtet  
und strenge Risikovorgaben für  
Engagements mit und in diesen  
Ländern festgelegt.

## Beteiligungen

Die ausgewiesenen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind nicht zum Börsenhandel zugelassen.

Die Bank hält per 31. Dezember 2014 bei folgenden Unternehmen direkte Beteiligungen von mindestens 20% Anteilsbesitz <sup>1)</sup>

### DARSTELLUNG DER BETEILIGUNGEN

Beteiligung	Gesellschaftskap. in TEUR	eigener Anteil	Eigenkapital in TEUR <sup>2)</sup>	Jahresergebnis in TEUR <sup>3)</sup>	Bilanz (vorl.)
Brüll Kallmus Bank AG	6.000	100 %	14.517	2.506	2014
Security Kapitalanlage Aktiengesellschaft	4.362	100 %	30.010	4.619	2014
Corporate Finance – Grawe Gruppe GmbH	1.000	100 %	1.027	-152	2014
CENTEC.AT Softwareentwicklungs und Dienstleistungs GmbH	35	58 %	140	82	2014
BK Immo Vorsorge GmbH	35	100%	1.307	483	2014
CB Family Office Service GmbH	35	100 %	143	3	2014

<sup>1)</sup> Vom § 241 Abs 2 UGB wird Gebrauch gemacht.

<sup>2)</sup> Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgte nach § 229 UGB unter Einrechnung der versteuerten Rücklagen; inkl. Bilanzgewinn.

<sup>3)</sup> Als Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag wurde nach § 231 Abs 2 Z 22 UGB jener vor Rücklagenbewegung herangezogen.



## **Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und Kunden**

In den Forderungen an Kreditinstitute sind € 6,2 Mio. (im Vorjahr: € 4,6 Mio.) nicht zum Börsehandel zugelassene verbriefte Forderungen enthalten, Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von € 103,8 Mio. (im Vorjahr: € 145,5 Mio.) stammen aus der Übereignung von Basisinvestment für verbriefte Verbindlichkeiten an einen Sicherheitentreuhänder.

In den Forderungen an Kunden sind € 0,9 Mio. (im Vorjahr: € 1,3 Mio.) nicht zum Börsehandel zugelassene verbriefte Forderungen enthalten.

### **DARSTELLUNG DER FRISTIGKEITEN**

Nicht täglich fällige Forderungen / Verbindlichkeiten Summe Kreditinstitute und Kunden (in TEUR)	Forderungen		Verbindlichkeiten	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
bis 3 Monate	40.102	98.686	10.088	14.165
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	88.124	46.075	8.779	41.427
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	59.221	56.365	12.025	2.002
mehr als 5 Jahre	16.445	4.486	30.489	4.271
<b>Gesamt</b>	<b>203.892</b>	<b>205.613</b>	<b>61.380</b>	<b>61.864</b>

Mit der Corporate Finance – Grawe Gruppe GmbH als auch mit der CENTEC.AT Softwareentwicklungs und Dienstleistungs GmbH besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft.

Die Capital Bank ist Teil einer Unternehmensgruppe gem. § 9 KStG, Gruppenträger ist die HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft.

Die Offenlegung gem. Art. 43I ff CRR erfolgt durch das übergeordnete Kreditinstitut HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft.

## Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

### **FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE GEGENÜBER UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNISS BESTEHT**

in TEUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>		
darunter an verbundene Unternehmen	141.107	197.999
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8	8
<b>Forderungen an Kunden</b>		
darunter an verbundene Unternehmen	786	786
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
darunter an verbundene Unternehmen	13.239	22.463
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	32	32
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
darunter an verbundene Unternehmen	20.866	13.191

Zum 31. Dezember 2014 sind Mündelgeldspareinlagen von untergeordneter Bedeutung vorhanden.

## Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Basisinvestments für verbriefte Verbindlichkeiten in Höhe von € 146,4 Mio. (im Vorjahr: € 147,5 Mio. ).

### POSTEN AB 1 MIO EUR (ALLE WERTE IN TEUR)

In TEUR	RLZ	31.12.2014	31.12.2013
Sonstige Anteile an Gesellschaften	> 1 Jahr	148.623	149.935
Wertberichtigung gem. § 57 BWG	> 1 Jahr	-579	-4.213
BW Sonstige Anteile an Gesellschaften	> 1 Jahr	148.044	145.722
Steuerverrechnung Gruppenträger	< 1 Jahr	399	1.377
Forderungen gegenüber verb. Unternehmen	< 1 Jahr	9.119	4.136
Marktwerte Devisentermingeschäfte	< 1 Jahr	0	2.194
diverse Ausgangsrechnungen und DL	< 1 Jahr	8.274	6.733

## **Sonstige Verbindlichkeiten**

Unter diesem Posten sind Finanzamtverbindlichkeiten in Höhe von € 4.870 Tsd. (im Vorjahr: € 4.374 Tsd.) und Verbindlichkeiten aus Wertpapierverrechnung in Höhe von € 3.105 Tsd. (im Vorjahr: € 2.036 Tsd.) ausgewiesen. Aufwendungen, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden, betreffen im Wesentlichen Personalaufwendungen in Höhe von € 1.912 Tsd. (im Vorjahr: € 1.243 Tsd.) sowie diverse Sachaufwendungen. Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von € 22.042 Tsd. (im Vorjahr: € 14.233 Tsd.) sind innerhalb eines Jahres fällig. In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von € 3.601 Tsd. (im Vorjahr: € 1.888 Tsd.) enthalten.

## **Verbriefte Verbindlichkeiten**

Die verbrieften Verbindlichkeiten bilden Bewertungseinheiten mit in verschiedenen Posten ausgewiesenen Aktiva und derivativen Geschäften (Basisinvestments).

Im nächsten Geschäftsjahr werden *verbriefte Verbindlichkeiten* in Höhe von € 9,2 Mio. (im Vorjahr: € 6,3 Mio.) fällig.

### **Sonstige Rückstellungen**

In den *sonstigen Rückstellungen* sind vor allem Vorsorgen für Schadensfälle im Ausmaß von € 4.028 Tsd. (im Vorjahr: € 2.417 Tsd.), für nicht konsumierte Urlaube im Ausmaß von € 767 Tsd. (im Vorjahr: € 728 Tsd.), für sonstigen Personalaufwand im Ausmaß von € 3.779 Tsd. (im Vorjahr: € 4.664 Tsd.) und für Provisionszahlungen im Ausmaß von € 3.579 Tsd. (im Vorjahr: € 1.441 Tsd.) enthalten.

### **Eigenkapital**

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert € 10,0 Mio. und ist in 1.376.030 Stückaktien zerlegt. Die Aktien sind in 729.030 Inhaberstückaktien und 647.000 Namensstückaktien unterteilt.

Die Kapitalrücklagen resultieren aus Einzahlungen und Einlagen des Aktionärs.

Die Gewinnrücklagen der Gesellschaft umfassen gesetzliche und freie Rücklagen sowie in Vorjahren erwirtschaftete Ergebnisse, vermindert um Gewinnausschüttungen.

## **D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Eine Aufgliederung der Erträge nach geografischen Märkten gemäß § 64 (I) Z 9 BWG unterblieb, da sich die geografischen Märkte vom Standort der Organisation des Kreditinstituts nicht wesentlich unterscheiden.

Die im Zinsertrag ausgewiesenen Kreditbearbeitungsgebühren in Höhe von € 218 Tsd. (im Vorjahr € 80 Tsd.) wurden im Jahr 2014 erstmalig entsprechend der Kreditlaufzeit abgegrenzt.

Im Posten *Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen* sind € 7.100 Tsd. (im Vorjahr: € 4.001 Tsd.) an Ausschüttung von verbundenen Unternehmen enthalten.

Im Posten *Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften* stehen Gewinnen aus der Devisenbewertung und Veräußerungsgewinnen aus Wertpapiergeschäften in Höhe von € 3.706 Tsd. (im Vorjahr: € 6.330 Tsd.)

Kursverluste aus diesem Bereich von € 4.076 Tsd. (im Vorjahr: € 6.183 Tsd.) gegenüber.

Der Posten *Sonstige betriebliche Erträge* beinhaltet im Wesentlichen die Erträge aus den Service Level Agreements in Höhe von € 1.570 Tsd. (im Vorjahr: € 1.724 Tsd.) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von € 2.137 Tsd. (im Vorjahr: € 78 Tsd.).

Im Posten *Aufwendungen für Abfertigungen* und Leistungen an betrieblichen Vorsorgekassen sind Aufwendungen an betriebliche Vorsorgekassen in Höhe von € 68 Tsd. (im Vorjahr: € 80 Tsd.) enthalten.

Die mögliche aktive Ertragsteuerabgrenzung gemäß § 198 Abs 10 UGB beträgt zum Bilanzstichtag € 0,3 Mio. (im Vorjahr: € 0,6 Mio.). Vom Aktivierungswahlrecht wurde kein Gebrauch gemacht.

**VERPFLICHTUNGEN AUS DER NUTZUNG VON IN DER BILANZ NICHT AUSGEWIESENEN SACHANLAGEN (OHNE WERTSICHERUNG)**

	TEUR	TEUR
Verpflichtungen 2015 (2014)	830,0	(800,0)
Verpflichtungen 2015–2019 (2014–2018)	4.550,0	(4.410,0)



Die *Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken* wurden im Rahmen der Bestimmungen des § 57 Abs 1 BWG um € 10,85 Mio. aufgelöst (im Vorjahr: € 6,0 Mio. Dotation).

Die aus steuerrechtlichen Gründen unterlassenen Zuschreibungen bei Wertpapieren betragen € 1.416 Tsd. (im Vorjahr: € 1.601 Tsd.). In den Folgejahren können sich dadurch steuerliche Belastungen von bis zu € 354 Tsd. (im Vorjahr: € 400 Tsd.) ergeben.

Das *Steuerergebnis* gem. § 237 Z 6 lt b UGB ist mit einem Betrag von € 3.514 Tsd. (im Vorjahr: € 1.655 Tsd.) auf das laufende Geschäftsjahr zurückzuführen. € 1.235 Tsd. (im Vorjahr: € -66 Tsd.) stellen Steuern aus Vorperioden dar.

Die Angabe der auf das Geschäftsjahr anfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer entfällt, da diese auf Ebene des Konzerns der HYPO-Bank Burgenland Aktiengesellschaft durchgeführt wird.

### **E. Ergänzende Angaben**

Die Aktiva der Bilanz in fremder Währung betragen zum Stichtag € 155,6 Mio. (im Vorjahr: € 144,0 Mio.), die Passiva der Bilanz in fremder Währung € 27,8 Mio. (im Vorjahr: € 23,0 Mio.).

Die Gesamtkapitalrentabilität der Gesellschaft, als Quotient des Jahresergebnisses nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag ergibt 2,7% (im Vorjahr: 0,7 %).

**AN NOCH NICHT ABGEWICKELTEN TERMINGESCHÄFTEN SIND ZUM  
BILANZSTICHTAG OFFEN:**

31.12.2014 TEUR	Bankbuch	Nominalbetrag Handelsbuch
<b>Volumen Gesamt</b>	184.077	110.251
OTC-Produkte	184.077	110.251
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Zinssatz</b>	46.300	0
OTC-Produkte	46.300	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Eigenkapital</b>	113	0
OTC-Produkte	113	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Fremdwährungen und Gold</b>	132.925	0
OTC-Produkte	132.925	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Kredit</b>	4.739	0
OTC-Produkte	4.739	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Sonstige</b>	0	110.251
OTC-Produkte	0	110.251
börsengehandelte Produkte	0	0

31.12.2013 TEUR	Bankbuch	Nominalbetrag Handelsbuch
<b>Volumen Gesamt</b>	205.118	0
OTC-Produkte	205.118	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Zinssatz</b>	46.300	0
OTC-Produkte	46.300	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Eigenkapital</b>	100	0
OTC-Produkte	100	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Fremdwährungen und Gold</b>	133.234	0
OTC-Produkte	133.234	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Kredit</b>	25.484	0
OTC-Produkte	25.484	0
börsengehandelte Produkte	0	0
<b>Sonstige</b>	0	0
OTC-Produkte	0	0
börsengehandelte Produkte	0	0

Marktwert (positiv)		Marktwert (negativ)	
Bankbuch	Handelsbuch	Bankbuch	Handelsbuch
348	464	4.374	802
348	464	4.374	802
0	0	0	0
274	0	912	0
274	0	912	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
74	0	3.462	0
74	0	3.462	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	464	0	802
0	464	0	802
0	0	0	0

Marktwert (positiv)		Marktwert (negativ)	
Bankbuch	Handelsbuch	Bankbuch	Handelsbuch
2.219	0	1.511	0
2.219	0	1.511	0
0	0	0	0
482	0	1.377	0
482	0	1.377	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.737	0	134	0
1.737	0	134	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0

## **Bestätigungs- vermerk**

**Dem unge-  
kürzten Jah-  
resabschluss  
der CAPITAL  
BANK – GRA-  
WE GRUP-  
PE AG zum  
31.12.2014  
wurde vom  
gewählten Ab-  
schlussprüfer  
folgender un-  
eingeschränk-  
te Bestäti-  
gungsvermerk  
erteilt:**

Die Bewertung der Devisenter-  
mingeschäfte und Währungsswaps  
erfolgt mit dem Devisenbewer-  
tungskurs der EZB zum jeweiligen  
Stichtag unter Berücksichtigung der  
Zinssätze der beteiligten Währung  
sowie der Restlaufzeiten.

Positive und negative Marktwerte  
werden angesetzt, wenn Derivate  
dem Handelsbestand zugeordnet  
sind, oder sich in einer Bewertungs-  
einheit mit eigenen Emissionen  
oder sonstigen Grundgeschäften  
befinden.

Negative Marktwerte, die nicht im  
Rahmen einer Bewertungseinheit  
durch positive Marktwerte aus  
dem Grundgeschäft gedeckt  
sind, werden durch Bildung einer  
Rückstellung für drohende Verluste  
aus schwebenden Termingeschäften  
berücksichtigt. Per 31.12.2014  
wurde eine solche Rückstellung in  
Höhe von € 945 Tsd. (im Vorjahr:  
€ 0 Tsd.) gebildet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungs-  
methoden der Derivate finden sich  
unter Beilage I/8.

## **Haftungsverhältnisse**

In den Eventualverbindlichkeiten sind Garantien und Haftungen in Höhe von € 11,2 Mio. (im Vorjahr: € 15,7 Mio.) enthalten.

Unter den Garantien und Haftungen waren per Ende 2013 Kapitalgarantien für prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge in Höhe von € 149,3 Mio. und sonstige Kapitalgarantien in Höhe von € 108,3 Mio. enthalten. Die Kapitalgarantien werden seit 2014 analog zum Konzernabschluss als Derivat bilanziert.

Bei den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Kreditrisiken handelt es sich um noch nicht in Anspruch genommene Kredite in Höhe von € 24,7 Mio. (im Vorjahr: € 34,6 Mio.).

Weiters besteht eine Verpflichtung aus der gemäß § 93 BWG vorgeschriebenen Mitgliedschaft bei der Einlagensicherung der Banken & Bankiers Gesellschaft mbH. Im Falle der Inanspruchnahme der Einlagensicherung beträgt diese nach § 93a Abs 1 BWG für das Einzelinstitut höchstens 1,5 % der Bemessungsgrundlage gemäß Art. 92 Abs. 3 lit. a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zuzüglich des 12,5-Fachen des Eigenmittelerfordernisses für die Positionen des Handelsbuchs zum letzten Bilanzstichtag. Somit errechnet sich eine Obergrenze von € 5,5 Mio. (im Vorjahr: € 7,3 Mio.).

Als Arrangementkaution sind Wertpapiere mit einem Buchwert von € 17,5 Mio. (im Vorjahr: € 16,2 Mio.) hinterlegt. Als Kautions für die Nutzung der Möglichkeit der Refinanzierung über das Tendersverfahren bei der EZB wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von € 54,5 Mio. (im Vorjahr keine) gesperrt gehalten. Barkautionen bestehen in Höhe von € 0,5 Mio. (im Vorjahr: € 8,1 Mio.). Weiters entfällt auf Deckungswerte für Pensionsrückstellungen ein Volumen von € 269 Tsd. (im Vorjahr: € 269 Tsd.) und auf Deckungsstock für Mündelgelder € 320 Tsd. (im Vorjahr: € 320 Tsd.).

## **F. Sonstige Angaben**

Während des Geschäftsjahres 2014 waren durchschnittlich 157 (im Vorjahr: 156) Angestellte und 7 (im Vorjahr: 11) Arbeiter beschäftigt.

In den Forderungen an Kunden per 31. Dezember 2014 sind sowie im Vorjahr keine Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats enthalten.

Der Aufwand für Abfertigungen und Pensionen inklusive der Rückstellungsdotations beträgt für aktive Mitglieder des Vorstands und für leitende Angestellte € 623 Tsd. (im Vorjahr: € 152 Tsd.) und für andere Arbeitnehmer € 422 Tsd. (im Vorjahr: € 183 Tsd.).

Der Aufwand für Pensionen an ehemalige Mitglieder des Vorstands beträgt € 90 Tsd. (im Vorjahr: € 27 Tsd.).

Bezüge der Mitglieder des Vorstands:  
Die Bestimmung gem. § 24I (4) UGB wurde in Anspruch genommen. Die im Geschäftsjahr tätigen Mitglieder des Aufsichtsrats haben keine Bezüge erhalten.



## **Vorstand**

Christian Jauk, MBA MAS  
Vorsitzender des Vorstands

Mag. Constantin Veyder-Malberg  
Mitglied des Vorstands

## **Aufsichtsrat**

Mag. Dr. Othmar Ederer  
Generaldirektor der Grazer Wechsel-  
seitige Versicherung Aktiengesellschaft  
Vorsitzender des Aufsichtsrats

DDIng. Mag. Dr. Günther Puchtler  
Mitglied des Vorstands der Grazer Wech-  
selseitige Versicherung Aktiengesellschaft  
stellvertretender Vorsitzender des  
Aufsichtsrats

Dipl. Techn. Erik Venningdorf  
Mitglied des Vorstands der Grazer Wech-  
selseitige Versicherung Aktiengesellschaft  
Mitglied des Aufsichtsrats

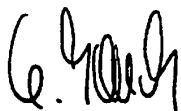
Dr. Franz Hörhager  
Geschäftsführer der Mezzanine  
Management GmbH  
Mitglied des Aufsichtsrats

## Vom Betriebsrat entsandte Mitglieder

Rudolf Laudon  
Harald Greimel

Graz, am 11. März 2015

Der Vorstand



Vst.-Dir. Christian Jauk, MBA MAS



Vst.-Dir. Mag. Constantin Veyder-Malberg

**Der folgende  
Teilkonzern-  
abschluss nach  
UGB/BWG  
der Capital  
Bank – GRAWE  
Gruppe AG  
soll dem Leser  
als Orientie-  
rung über die  
wirtschaftliche  
Entwicklung  
der Capital  
Bank und ihrer  
Tochtergesell-  
schaften dienen.  
Der Teilkon-  
zernabschluss  
nach UGB/BWG  
wurde im Rah-  
men der Kon-  
zernprüfung der  
HYPO-Bank  
Burgenland  
AG vom Wirt-  
schaftsprüfer  
geprüft.**

## **TEILKONZERN DER CAPITAL BANK – GRAWE GRUPPE AG**



**12. TEILKONZERN DER CAPITAL BANK – GRAWE GRUPPE**  
**KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014**

Aktiva	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
<b>1. Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken</b>	66.822.960,01	6.675
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind</b>		
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	23.320.641,14	23.191
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>	241.386.011,17	342.560
<b>4. Forderungen an Kunden</b>	220.460.997,29	170.780
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	78.056.792,48	92.685
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	165.210.662,89	143.921
<b>7. Beteiligungen</b>	786.598,17	36
darunter: an Kreditinstituten	8.575,00	9
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	853.180,17	888
<b>9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens</b>	797.084,97	686
<b>10. Sachanlagen</b>	4.410.858,61	4.880
<b>11. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	160.321.143,52	159.995
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	784.325,53	748
<b>SUMME DER AKTIVA</b>	<b>963.211.255,95</b>	<b>947.045</b>
<b>Posten unter der Bilanz</b>		
<b>1. Auslandsaktiva</b>	399.173.738,94	377.201
<b>2. Sondervermögen verwalteter Kapitalanlagefonds</b>	3.392.337.905,88	2.740.555

Passiva	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	27.722.556,21	20.974
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	383.131.622,37	362.673
a) Spareinlagen	5.574.036,94	7.305
b) sonstige Verbindlichkeiten	377.557.585,43	355.368
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	329.952.578,01	374.020
andere verbrieftete Verbindlichkeiten	329.952.578,01	374.020
<b>4. Sonstige Verbindlichkeiten</b>	28.028.281,72	21.005
<b>5. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0,00	0
<b>6. Rückstellungen</b>	29.595.244,72	23.514
a) Rückstellungen für Abfertigungen	4.722.893,76	3.911
b) Rückstellungen für Pensionen	287.293,57	372
c) Steuerrückstellungen	59.918,82	43
d) sonstige	24.525.138,57	19.188
<b>7. Eingezahltes Kapital</b>	65.915.661,65	65.916
<b>8. Erwirtschaftetes Kapital</b>	98.865.311,27	78.943
<b>9. Fremdanteile</b>	0,00	0
<b>Summe der Passiva</b>	963.211.255,95	947.045
<b>Posten unter der Bilanz</b>		
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>		
<b>Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten</b>	11.247.443,29	260.629
<b>2. Kreditrisiken</b>	24.762.672,95	34.758
<b>3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften</b>	36.001.084,43	15.288
<b>4. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</b> darunter: Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013: EUR 9.644.000,00	148.521.667,97	-
<b>5. Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtrisikobetrag)</b> darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 Abs1 lit a bis c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	817.644.063,99	-
a) Harte Kernkapitalquote	17,0%	-
b) Kernkapitalquote	17,0%	-
c) Gesamtkapitalquote	18,2%	-
<b>6. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 1 BWG</b>	-	161.874
<b>7. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 BWG</b> darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 Z 1 und 4 BWG: TEUR 30.289	-	48.928
<b>8. Auslandspassiva</b>	57.790.326,97	67.587

**13. TEILKONZERN DER CAPITAL BANK – GRAWE GRUPPE**  
**KONZERN-GEWINN- UND -VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014**

	2014 EUR	2013 TEUR
<b>1. Zinsen und ähnliche Erträge</b>	10.231.539,29	9.469
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	4.289.374,00	3.831
<b>2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	-1.952.408,39	-2.164
<b>I. NETTOZINSERTRAG</b>	8.279.130,90	7.305
<b>3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen</b>	3.680.896,64	
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	3.527.695,02	2.423
b) Erträge aus Beteiligungen	1.108,70	1
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	152.092,92	459
<b>4. Provisionserträge</b>	77.052.994,23	0
<b>5. Provisionsaufwendungen</b>	-38.562.496,96	-35.661
<b>6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften</b>	-370.054,77	163
<b>7. Sonstige betriebliche Erträge</b>	5.278.787,17	2.597
<b>II. BETRIEBSERTRÄGE</b>	55.359.257,21	49.890
<b>8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	-31.100.422,34	-29.220
a) Personalaufwand	-20.992.382,09	-19.515
aa) Löhne und Gehälter	-17.100.342,98	-16.433
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-2.553.122,53	-2.425
cc) sonstiger Sozialaufwand	-134.042,35	-164
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-393.727,05	-259
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	84.745,27	12
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-895.892,45	-246
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-10.108.040,25	-9.705
<b>9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände</b>	-1.005.394,18	-837
<b>10. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	-17.785,11	-15
<b>III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN</b>	-32.123.601,63	-30.072

	<b>2014 EUR</b>	<b>2013 TEUR</b>
<b>IV. BETRIEBSERGEBNIS</b>	23.235.655,58	19.818
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-17.870.550,02	-6.504
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	26.955.379,73	0
13. Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Anteile an verbundenen Unternehmen	-47.612,42	0
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	252.145,90	27
<b>V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>	32.525.018,77	13.341
15. Außerordentliche Erträge	0,00	35
16. Außerordentliches Ergebnis	0,00	35
17. Steuern vom Einkommen	-7.686.778,48	-4.064
18. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15 auszuweisen	-20.485,70	-17
<b>VI. KONZERJAHRESÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG</b>	24.817.754,59	9.295
19. Rücklagenbewegung	0,00	-6.800
darunter: Dotierung der Haftrücklage	0,00	0
<b>VII. JAHRESGEWINN</b>	24.817.754,59	2.495
20. Gewinnvortrag	333.653,54	2.734
<b>VIII. BILANZGEWINN (vor Anteilen fremder Gesellschafter)</b>	25.151.408,13	5.229
21. Fremdanteile am Jahresüberschuss	0,00	0
<b>IX. BILANZGEWINN</b>	25.151.408,13	5.229







# IMPRESSUM

**Herausgeber**

Capital Bank – GRAWE Gruppe AG  
Burgring 16  
A-8010 Graz  
Tel.: +43.316.8072.0  
Fax: +43.316.8072.390  
office@capitalbank.at  
www.capitalbank.at

*Standort Salzburg:*

Linzergasse 4  
A-5020 Salzburg  
Tel.: +43.662.870810  
Fax: +43.662.870810.2517  
office.salzburg@capitalbank.at

*Standort Wien:*

Palais Esterházy  
Wallnerstraße 4  
A-1010 Wien  
Tel.: +43.1.31614  
Fax: +43.1.31614.11  
office.wien@capitalbank.at

*Standort Kitzbühel:*

Kitzbühler Hof, Franz-Reisch-Str. 1  
A-6370 Kitzbühel  
Tel.: +43.5356.66309  
office.kitzbuehel@capitalbank.at

*Standort Klagenfurt:*

Kardinalschütt 9  
A-9020 Klagenfurt am Wörthersee  
Tel.: +43.463.908118-0  
office.klagenfurt@capitalbank.at

**Für den Inhalt verantwortlich**

Mag. Constantin Veyder-Malberg,  
Thomas Ortner, MSc, Mag. Gerd Stöcklmair

**Gestaltung und Produktion**

Texte: Klaus Woltron, Capital Bank  
Grafik und Reinzeichnung: Werbeagentur Rubikon GmbH, www.rubikon.at  
Titelbild: © www.istockphoto.com

